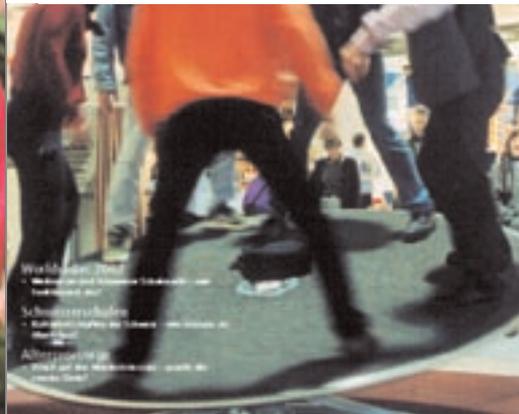
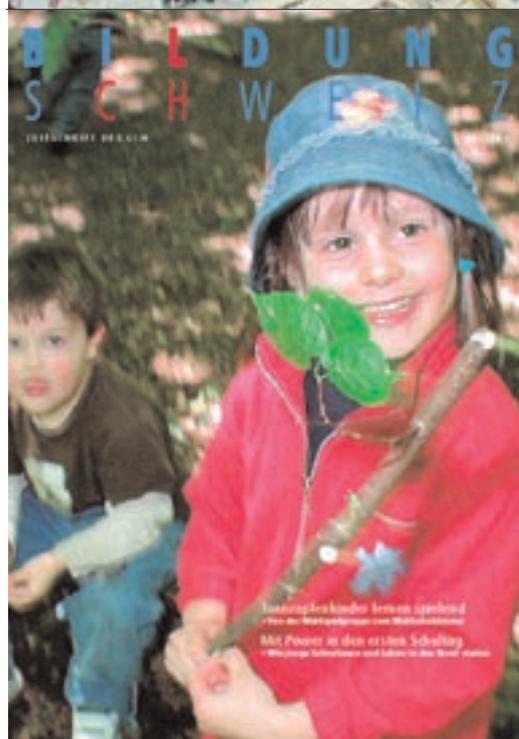


Auf der Suche nach neuem Sinn
 • Wie sagt die Zukunft von Schulen aus?
Rezeptive Schule
 • Einmal in der Woche geht die Klasse auf den Feldweg
Stellensituation – ungeschminkt
 • Wie im Kindergarten und in der Grundschule?

LCH Jahresbericht 2002



**BILDUNG
 SCHWEIZ**
 ZEITSCHRIFT DES LCH 7-2002

**BILDUNG
 SCHWEIZ**
 ZEITSCHRIFT DES LCH 06/2002

thema
 ZEITSCHRIFT DES LCH 06/2002



Lehrerinnen und die Folgen
 • Die Folgen des Klassenstufenbaus

Stellenanzeiger

Schule & Home
 • Lernen ist ein Prozess
PISA: Abnehmende Resultate
 • Was hat die Schweiz, obwohl sie Lese-
 • Die PISA-Methodik
 • Die PISA-Methodik

Das Beste ist mit
 • Was ist das Beste?
 • Die Folgen des Klassenbaus

Inhalt

1. Zentralorgane	Seite 3
2. Zentralvorstand	Seite 6
3. Aussenkontakte	Seite 9
4. Kommissionen und Arbeitsgruppen (AG)	Seite 11
5. Pädagogische Themen	Seite 22
6. Standespolitische Themen	Seite 22
7. LCH-Verlautbarungen und Stellungnahmen im Überblick	Seite 28
8. Beziehungen zu anderen Organisationen	Seite 30
9. BILDUNG SCHWEIZ	Seite 35
10. Sekretariatspersonal	Seite 36
11. LCH-Service und Dienstleistungen	Seite 36
12. LCH-Tätigkeitsprogramm 2002–2004	Seite 37
13. Finanzübersicht	Seite 38

Redaktion und Koordination:
Urs Schildknecht, Zentralsekretär LCH

Grafik/Layout: Peter Waeger

Delegiertenversammlung (DV)

1. Zentralorgane

«Wie viel Bund braucht die Bildung?»: Zum Hauptthema der DV vom 15. Juni 2002 im Grossratsaal in Basel referierten Ständerätin Christine Beerli, a. Nationalrat Hans Zbinden und EDK-Generalsekretär Hans Ambühl. Die anschliessend von Max Frenkel (NZZ) moderierte Podiumsdiskussion führte die Delegierten hin zur Verabschiedung der LCH-Thesen zur Schulkoordination Bund/EDK.

Ausgangslage für dieses DV-Thema war die Einsicht der LCH-Geschäftsleitung, dass die EDK in ihrer notwendigen und zunehmend wichtigen Koordinationsaufgabe immer wieder durch die Kantone behindert oder gar blockiert wird. Beispielsweise in der Frage eines gesamtschweizerischen Sprachenkonzeptes erweist sich die fehlende Entscheidungskompetenz der EDK als derart hinderlich, dass der Ruf nach mehr Bundeskompetenz per Verfassung auch öffentlich laut geworden ist. Angesichts der Erfahrungen des LCH mit der Bundesbürokratie, verbunden mit oft wenig transparenter Arbeitsweise, kann sich der LCH zentralistische Bundeskompetenzen, insbesondere für die Entwicklung der Volksschule in den Bereichen Einschulungsalter, Basisstufe, Dauer der einzelnen Schulstufen, Abschlusskernziele, Studentafeln oder ausreichende Ressourcen für die Schulen und die Lehrpersonen allerdings nur bedingt vorstellen.

Christine Beerli beklagte die langsame Gangart in der Revision des Bildungswesens auch auf Grund fehlender Investitionen und plädierte im Volksschulbereich, entsprechend der finanziellen Zuständigkeit, für eine griffigere EDK mit mehr Kompetenzen. Hans Zbinden machte sich für einen neuen Bildungsrahmenartikel in der Verfassung stark, durch den erst eine bessere Koordination statt hinderliche Konkurrenz zwischen den Kantonen erreicht werden könne. Hans Ambühl ging die Frage pragmatisch an: Bewahren der eigenen Kultur und trotzdem im internationalen Bildungswettbewerb bestehen können, setzt ein verlässliches Bündnis aller Beteiligten voraus, Verständigung über die Ziele und Verpflichtung für deren Umsetzung auf allen Ebenen. Der EDK-Generalsekretär hielt nichts von einer Polarisierung in der Frage EDK oder Bund, sondern setzte auf die Karte Stärkung aller Partner: Bund, Kantone und EDK.

In der anschliessenden Diskussion der Delegierten setzte sich klar die Meinung durch, dass der LCH primär an den Koordinationszielen interessiert ist und sich deshalb nicht für das eine oder andere Mittel (lies Modell) stark machen will. Die DV verabschiedete die LCH-Thesen zur Schulkoordination einstimmig bei wenigen Enthaltungen. Damit bekräftigte der Berufsverband seine Forderung nach einer verbindlichen Schulkoordination ohne Behinderung begründeter regionaler Anpassungen, ohne grosse Bürokratie und ohne Koordination nur aus Spargründen.

Die ordentlichen Jahresgeschäfte, Abnahme der Rechnungen, Budgets mit einem unveränderten Jahresbeitrag von Fr. 74.- und Jahresbericht 2001 wurden einstimmig genehmigt.

Die Wahlgeschäfte für die Kommissionen verliefen dank guter Vorbereitung ohne Überraschungen. Die Nachfolge der beiden zurücktretenden Mitglieder der LCH-Geschäftsleitung, Silvia Felix

und Walter Herren, wurde bereits an der DV 2001 bestimmt. Loretta van Oordt (zuständig für die Stufen- und Fachkonferenzenbelange) und Ueli Weber (Vertreter des NW LCH) nehmen neu Einsitz in die Geschäftsleitung.

An Anträgen lagen den Delegierten vor die Genehmigung des Schlussberichtes zum Projekt «Schule Plus Schweiz», die Verabschiedung der LCH-Stellungnahme zur EDK-Vernehmlassung «Selbstevaluation von Schulen – Mindeststandards». Zu diskutieren gab der Antrag der fss (Basel Stadt), keine Besoldungsdaten der Lehrerschaft mehr zu publizieren. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, aber die LCH-Geschäftsleitung wurde angesichts der Deregulierung der Löhne beauftragt, ein neues inhaltliches Konzept für eine LCH-Besoldungsstatistik sowie eine angepasste Kommunikationsstrategie auszuarbeiten.

Die Delegierten brachten ihre Zufriedenheit mit der LCH-Verbandspolitik zum Ausdruck, plädierten für ein Engagement der Lehrpersonen in der Friedensbewegung ASEPaix, äusserten sich zum Sprachenkonzept aus kantonaler Sicht und zur Entwicklung der Schülerzahlen.

Zum Schluss wurde als Nachfolgeorganisation der Schweizerischen Sekundarlehrerkonferenz und der Konferenz Schweizerischer Oberstufenlehrkräfte KSO der interkantonale Stufenverband Sek I CH in den LCH aufgenommen.

Präsidentenkonferenz (PrK)

Drei für Lehrpersonen bedeutsame Geschäfte prägten die Frühjahrskonferenz vom 20. April: Die Ergebnisse der Studien zur Berufszufriedenheit und zu den privaten Aufwendungen von Lehrpersonen für berufliche Zwecke sowie die Verabschiedung der Reglemente zur Solidaritäts- und Ausbildungsstiftung.

Die Resultate der aufwändigen Berufszufriedenheitsstudie im Auftrage des LCH wurden durch den Sozialforscher Charles Landert erstmals präsentiert und mit der gleichnamigen Studie aus dem Jahre 1991 verglichen. Die Ergebnisse samt Empfehlungen wurden Anfang des Verbandsjahres 2002/2003 anlässlich einer Medienkonferenz öffentlich gemacht; sie geben dem LCH und seinen Kantonalsektionen wesentliche Argumente für die verstärkte gewerkschaftliche Arbeit und sollen auch in die Arbeiten der EDK-Taskforce «Lehrberufe» einfließen.

Die Ergebnisse einer zweiten Studie des gleichen Sozialforschungs-Unternehmens wiesen erstmals die hohen finanziellen Aufwendungen der Lehrpersonen für die privaten Arbeitsplätze für den Beruf nach.

Die zweijährigen verbandsinternen Verhandlungen zur von der LCH-Geschäftsleitung und dem Stiftungsrat angestrebten Fusion der Solidaritäts- und Ausbildungsstiftung mit dem Solidaritätsfonds sollten eigentlich zu einem LCH-Rechtsschutz für Mitglieder in beruflichen Angelegenheiten führen. Insbesondere grosse Kantonalsektionen wehrten sich gegen eine wenn auch nur geringe Beitragserhöhung zu Gunsten eines umfassenden Berufsrechtsschutzes. So bleibt es den einzelnen Mitgliedern (zu einem weit höheren Prämienbetrag für eine Privatversicherung) oder den Kantonalsektionen überlassen, Lehrpersonen gegen die finanziellen Folgen von Rechtshändeln mit Behörden, Eltern etc. zu schützen.

Die Diskussion über Stellenmarkt für Lehrpersonen offenbarte die tiefe und berechtigte Besorgnis der Präsidien der Kantonalsektionen über den Status und das Image der Lehrberufe. Eine Task Force der EDK arbeitet – unter wesentlicher inhaltlicher Mitwirkung von Zentralpräsident Beat W. Zemp – zwar an der Formulierung eines Berufsleitbildes und von Handlungsfeldern zwecks Verbesserung der Attraktivität der Lehrberufe sowohl für Mittelschulabsolventen wie auch für amtierende Lehrkräfte. Die sich verschlechternden Anstellungs- und Arbeitsbedingungen, vielfältige Probleme mit der Umwandlung der Seminare in Pädagogische Hochschulen (PH), die immer kleinere Anzahl von männlichen Lehrpersonen, der Trend zu Billiglösungen (z.B. der Einsatz von Studierenden an verwaisten Klassen) oder der hohe Prozentsatz von 30% aller Lehrkräfte, die in den nächsten zehn Jahren in Pension gehen werden, rufen dringend nach wirksameren und längerfristig gültigen Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Lehrberufe auf allen Stufen.

Die Herbstkonferenz des LCH vom 26./27. Oktober fand in Abtwil SG statt. Schwerpunkte waren die definitiven Ergebnisse der Studien des LCH zur Arbeitszufriedenheit und zu den privaten Arbeitsplatzkosten sowie die LCH-Position zum Berufsauftrag. Diese Grundlagendossiers dienen den Kantonalsektionen wesentlich auch für ihre eigene Arbeit.



In seinem Begrüssungswort stellte Erziehungsdirektor und EDK-Präsident Hans Ulrich Stöcklin fest, dass Bildung nicht erst seit PISA kostet, kosten darf, wenn das Schulsystem leistungsfähig, die öffentliche Schule gut bleiben soll. Überzeugt trat er ein für die in seinem Kanton beschlossenen Massnahmen gegen renitente Schüler wie auch gegen unkooperative Eltern. In seiner fast standespolitisch anmutenden Rede machte sich Hans Ulrich Stöckling für folgende Verbesserungen stark: Start der Pädagogischen Hochschule, Herabsetzung der maximalen Schülerzahl, Verbesserung der Gehälter der schulischen Heilpädagoginnen. Seine Ausführungen begründeten die hohe Wertschätzung dieses Bildungsmannes in seinem Kanton und insbesondere in der Lehrerschaft, wie dann auch Ruedi Hofmänner als Co-Präsident der Gastgebersektion St. Gallen bezeugte.

Arbeit gab es für die Präsidentinnen und Präsidenten in den Workshops. Es galt Stellung zu nehmen zu den vorgestellten und vorgeschlagenen Empfehlungen in den Schlussberichten zur Berufszufriedenheit, zum Berufsauftrag für Lehrpersonen und zu den privat getragenen Arbeitsplatzkosten.

Die vorgebrachten Anliegen der Mitgliedorganisationen zu Handen der LCH-Geschäftsleitung betrafen die Forderung nach Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit des LCH, Denkanstösse zur Aufgabenteilung zwischen Dachverband und Kantonalsektionen, die Fortführung einer LCH-Besoldungsstatistik in neuer Form anschliessend an eine Pilotstudie auf das Jahr 2004 sowie Mitteilungen aus der kantonalen Bildungspolitik mit Auswirkungen auf die nationale Ebene, die Rollenklärung zwischen Schulleitung und lokaler Schulbehörde und PISA.

Die LCH-Fachtagung vom 24. Mai 2003 gewann dank dem vorgestellten EDK-Projekt HarmoS (messbare Kompetenzen umschreiben, verbindliche Kompetenzniveaus festlegen, Schulstrukturen harmonisieren) zusätzlich an Bedeutung: Die LCH-Kader und interessierte Mitglieder werden in Hergiswil NW aus Sicht der Schulpraxis den Kernauftrag der Schule, Lehrpläne im Sinne von Minimalstandards, diskutieren und Weichen stellen für die Verbandspolitik in diesem Bereich.



Sitzung vom 24. April

2. Zentralvorstand (ZV)

Die Vorbereitungssitzung für die ordentliche Delegiertenversammlung genehmigte neben den üblichen Jahresgeschäften die Reglemente für die Solidaritäts- und Ausbildungsstiftung und den Solidaritätsfonds. Der ZV liess sich informieren über die Resultate der beiden grossen LCH-Studien Berufszufriedenheit und Kosten von privaten Arbeitsplätzen von Lehrpersonen (Verabschiedung der Empfehlungen erfolgte in der Herbstkonferenz), beschloss die Auflösung der Arbeitsgruppe Pädagogische Entwicklungszusammenarbeit PEZA auf Ende des Jahres und diskutierte im Rahmen einer EDK-Vernehmlassung die Zukunft der Diplommittelschulen aus Sicht des LCH.

Sitzung vom 4. September

Die Mitglieder des Zentralvorstandes erhielten in Workshops Gelegenheit, die Anliegen ihrer Mitgliedorganisationen zu Händen der LCH-Geschäftsleitung zu diskutieren sowie ein Feedback zur EDK-Task-Force Lehrberufsstand zusammenzutragen.

Das Thesenpapier zur Weiterbildung der Lehrpersonen mit fünf Brennpunkten – Individuelle Weiterbildung, Langzeitweiterbildung, Ausrüstung der Schulen mit Weiterbildungsmitteln, Finanzierung der Weiterbildung und Offener Weiterbildungsmarkt – zielt auf eine professionelle und wirkungsvolle Weiterbildung, die der individuellen Berufszufriedenheit und -attraktivität ebenso dienen soll wie den Bedürfnissen der einzelnen Schulen. Der Zentralvorstand diskutierte und verabschiedete das von der Pädagogischen und der Standespolitischen Kommission vorbereitete Papier zur Veröffentlichung in BILDUNG SCHWEIZ und zur weiteren Verbreitung und Umsetzung in den Kantonen sowie in der Schweizerischen Konferenz der Leiter von Weiterbildungsstellen.

Der Entwurf der EDK-Empfehlungen für die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen im ICT-Bereich gab Gelegenheit, die rasante Entwicklung seit 1990 – von «learn to use ICT» über «use ICT to learn» bis hin zum Internet – und die damit verbundenen Anforderungen an die Lehrpersonen und die Schulen aufzudecken und die LCH-Stellungnahme zu den Empfehlungen vorzubereiten. Ausserdem wurden die Arbeiten der EDK-Task-Force ICT unter massgeblicher und kompetenter Mitwirkung des LCH-Zentralpräsidenten Beat W. Zemp erläutert.

Sitzung vom 4. Dezember

Bei der Diskussion zur Verabschiedung der LCH-Stellungnahme zu den EDK-Empfehlungen für die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen, basierend auf den Stellungnahmen der LCH-Mitgliedorganisationen, wurde die zweite der drei Ebenen – Kaderkurse, Ausbildung der Lehrpersonen, der Unterricht an den Schulen – fokussiert. Der LCH fordert hier insbesondere integrative Kurse für die ganze Volksschule, die Einrichtung regionaler Kompetenzzentren, Freistellungen für die zeitintensive Weiterbildung, die Übernahme aller Kosten durch den Arbeitgeber. Der LCH warnt vor der Illusion, ICT mache den Unterricht automatisch besser und effizienter.

Der Auftrag des Zentralvorstandes an eine verbandsinterne Arbeitsgruppe, einen Handweiser zum Thema Arbeitszeit der Lehrpersonen zu schaffen, führte in Zusammenarbeit mit externen Fachleuten (Charles Landert, Sozialforscher, und Jürg Brand, Wirtschaftsanwalt) zu einem starken Positionsdossier mit dem Titel «Der Berufsauftrag der Lehrerinnen und Lehrer». Angesichts der in vielen Kantonen aktuell in Bearbeitung befindlichen Amts- oder Berufsaufträge steht den Kantonalsektionen damit eine ausführliche Dokumentation für die Bereiche Arbeitszeit, berufliche Aufgabenfelder, Pools und Spezialfunktionen, Teilzeitarbeit, Arbeitsplatz oder Berufsattraktivität zur Verfügung. Nach einigen Ergänzungen gab der Zentralvorstand diesen Handweiser zur Veröffentlichung frei.

Angesichts der zweiten PISA-Runde 2003 diskutiert der Zentralvorstand die überarbeitete PISA-Resolution des LCH und steht nach wie vor zu PISA – wohlwollend aber skeptisch. Neu aufgenommen worden sind: Die Forderung nach Senkung der Pflichtlektionenzahl für Lehrpersonen (mit der weltweit höchsten Pflichtstundenzahl ist dem Ruf nach besserer Unterrichtsqualität schwerlich nachzukommen); Zurückweisung der Idee des Benchmarkings («learning from the best») für Schulen als Irrweg; Überprüfung des Sprachenlernens (2 Fremdsprachen an der Primarschule neben den Problemen mit der Standardsprache und dem hohen Anteil an fremdsprachigen Kindern kennt kein anderes Land); Verbesserung der Testanlage.

Neue gesetzliche Grundlagen für die Anstellung und Besoldung der Lehrpersonen und die damit verbundenen inhaltlichen und publizistischen Probleme mit der bisherigen LCH-Besoldungsstatistik führten zu den Beschlüssen der Delegiertenversammlung und der Präsidentenkonferenz, die Besoldungsstatistik in einem Pilotprojekt den veränderten Anstellungs- und Lohnverhältnissen anzupassen. Der Zentralvorstand genehmigte deshalb das Mandat und den entsprechenden Kredit für ein Projekt «Neue LCH-Besoldungsstatistik».

Geschäftsleitung (GL)

An 12 Halbtagesitzungen und einer Zweitagesklausur hat sich die Geschäftsleitung mit allen laufenden Geschäften des Verbandes auseinandergesetzt, alle Sitzungen der DV, der PrK und des ZV vor- und nachbereitet, die ihr zustehenden Beschlüsse gefasst sowie Mandatierungen und Delegationen der GL-Mitglieder (Vizepräsidentin Silvia Felix, Fabiola Curschellas, Hansjörg Grätzer, Walter Herren; ab 1. August neu anstelle von Silvia Felix und Walter Herren: Vizepräsidentin Loretta van Oordt und Ueli Weber) und der drei leitenden Mitarbeiter (Zentralpräsident Beat W. Zemp, Zentralsekretär Urs Schildknecht und Anton Strittmatter als Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des LCH) beschlossen.

Die LCH-Mitgliedorganisationen und die Kommissionen werden durch die Protokolle regelmässig über die Sitzungsinhalte und Beschlüsse in Kenntnis gesetzt.

Ueli Weber beschreibt die Aktenübergabe durch Walter Herren in einer persönlichen Notiz. Die darin spürbare Stimmung mag ein Hinweis sein, dass die LCH-Geschäftsleitung Traktandenlisten nicht nur abarbeitet, sondern dass eine gute zwischenmenschliche Beziehung und sachdienliche Unterstützung in den vielfältigen Ansprüchen und Beanspruchungen, gegenseitig wohlwollende Achtung der Kompetenzen und feu sacré für die Bildung notwendige Voraussetzungen sind für ein wirkungsvolles und effizientes Engagement in operativen Belangen und für weitsichtiges Denken im Dienste der Lehrerschaft:

«Wachtablösung: Nach der Wahl als Nachfolger von Walter Herren an der DV vom 23. Juni 01 in Aarau fand ich per 1. August 2002 offiziell Aufnahme in der Geschäftsleitung von LCH. An einem wunderschönen Nachmittag im Sommer fand die interne «Stabübergabe» in Münsingen, im Heim von Walter Herren, statt.

Delegationsentscheide (permanent)

An einem schattigen Plätzchen hinter dem Haus mit Aussicht auf bunte Blumenwiesen, die hügeligen Ausläufer des Emmentals und das imposante Alpenpanorama am Horizont war eine eindrückliche, fast feierliche Ambiance entstanden, die die Aktenübergabe in einem ganz speziellen Rahmen erscheinen liess.

Walter berichtete in seiner bekannt anschaulichen Art über die Geschäfte, die zu jener Zeit die GL am meisten beschäftigten. Er machte mich auch auf einige Geschäfte aufmerksam, die ihm besonders am Herzen lagen. Und dann übergab er mir einen ansehnlichen Stapel (Berg) von Papieren, nach dessen Durchsicht ich eigentlich in meine zukünftige Tätigkeit in der GL (ein-/unter-) getaucht war. Er bedachte mich mit guten Wünschen für meine zukünftige Tätigkeit und deckte mich noch mit guten Tipps und Ratschlägen ein, die mich immer noch begleiten. Ich möchte Walter Herren danken für die feine Art, wie er mich in mein Amt eingeführt hat.»

Das vielseitige Beziehungs- und Kooperationsnetz des LCH ist vom Willen der Geschäftsleitung geprägt, an den wichtigen Entscheidungsstellen für die Bildungspolitik mit zu denken, zu reden, zu gestalten und zu entscheiden:

EDK-Plenarkonferenz	Beat W. Zemp, Urs Schildknecht
EDK-Kommission Allgemeine Bildung	Fabiola Curschellas, Alfred Wyler
EDK-Kommission Berufsbildung	Ueli Weber, Christian Léchenne
EDK-Expertengruppe «Fächergruppenlehrkräfte»	Fabiola Curschellas
EDK-BBT: Projektgruppe SII	Claudio Mudry, Urs Tschopp
EDK-Arbeitsgruppe Lehrerbildung ALB	Dorothea Meili, Jean-Jacques Taillard
EDK-Arbeitsgruppe DMS	Werner Wyss, Martin Treschl
EDK-Anerkennungskommissionen	
– für die Lehrdiplome der Vorschul- und Primarstufe	Barbara Sörensen, Fabiola Curschellas
– für die Lehrdiplome der Sekundarstufe SI	Armin Stutz
– für die Lehrdiplome für Maturitätsschulen	Hans Jörg Moser, Christa Dubois
– für kantonale Fachhochschulstudiengänge	Franz Baumberger
EDK-Arbeitsgruppe «Gewalt an Schulen»	Anton Strittmatter
EDK-Koordinationsstelle für Bildungsforschung, Aarau	Anton Strittmatter
EDK-WBZ Projektgruppe Baukasten Schul-Management	Martin Riesen
EDK-BFS: PISA «Leistungsmessung bei den 15-Jährigen»	Anton Strittmatter, Urs Schildknecht
EDK-Task Force «ITC und Bildungswesen»	Beat W. Zemp
EDK-Task Force Lehrberufsstand	Beat W. Zemp
EDK-Arbeitsgruppe AGYM	Urs Tschopp
EDI: Bundesamt für Statistik, Experten Allgemeine Bildungsfragen	Urs Schildknecht
EDI: educa.ch	Beat W. Zemp
Eidgen. Kommission «Ausbildung junger Auslandschweizer/-innen»	Mirjam Rischatsch
EDI: Expertengruppe BBT PPP-SiN	Beat W. Zemp
Education International EI (Lehrer/-innen-Weltverband)	Beat W. Zemp, Urs Schildknecht
Ebenrain Konferenz	Beat W. Zemp, Urs Schildknecht
Pädagogische Arbeitsstellen CODICRE	Anton Strittmatter
Konferenz Lehrerweiterbildung SKLWB	Anton Strittmatter
Bundesfeierspende	Urs Schildknecht

ch Jugendaustausch Jugend und Wirtschaft	Loretta van Oordt Armin Käser, Urs Schildknecht, Ueli Weber, Beat W. Zemp
Pestalozzi Weltstiftung Pestalozzi Bergstiftung Forum Helveticum Pestalozziheim Neuhof Schweiz. Verband für Berufsberatung Stiftung Bildung und Entwicklung Technorama Schule und Elterhaus Schweiz	Daniel V. Moser, Urs Schildknecht Urs Schildknecht Beat W. Zemp Dorothea Meili, Max Röthlisberger Josef Schoch Beat W. Zemp Gerd Oberdorfer Fabiola Curschellas

3. Aussenkontakte

Delegationen der Geschäftsleitung und der leitenden Mitarbeiter

Neben den 13 ordentlichen Sitzungen der Geschäftsleitung, 3 Sitzungen des Zentralvorstandes, 2 Tagungen der Präsidentenkonferenz und der Delegiertenversammlung wurden die Mitglieder der LCH-Geschäftsleitungen wie folgt delegiert:

Beat W. Zemp, Zentralpräsident

Der Zentralpräsident nahm teil an 12 Veranstaltungen der MO LCH, 11 Sitzungen von LCH-Kommissionen und Arbeitsgruppen, 22 EDK-Tagungen, 7 Tagungen des Bundes (BBT) und wurde 26-mal zu externen Sitzungen und Tagungen delegiert.

Loretta van Oordt, Vizepräsidentin und Vertreterin der Schweiz. Stufen- und Fachverbände

Loretta van Oordt nahm teil an 2 Veranstaltungen der MO LCH, 2 Sitzungen von LCH-Kommissionen und Arbeitsgruppen, 1 EDK-Tagung und wurde 3-mal zu externen Sitzungen und Tagungen delegiert.

Fabiola Curschellas Widmer, Vetreterin ROSLO

Fabiola Curschellas nahm teil an 3 Veranstaltungen der MO LCH, 3 Sitzungen von LCH-Kommissionen und Arbeitsgruppen, 8 EDK-Tagungen und wurde 3-mal zu externen Sitzungen und Tagungen delegiert.

Hansjörg Grätzer, Vertreter ILCH

Hansjörg Grätzer nahm teil an 11 Veranstaltungen der MO LCH, 6 Sitzungen von LCH-Kommissionen und Arbeitsgruppen und wurde 11-mal zu externen Sitzungen und Tagungen delegiert.

Ueli Weber, Vertreter NWLCH

Ueli Weber (bzw. Walter Herren) nahm teil an 9(10) Veranstaltungen der MO LCH, (3) Sitzungen von LCH-Kommissionen und Arbeitsgruppen, 4(4) EDK-Tagungen und wurde 2(9)-mal zu externen Sitzungen und Tagungen delegiert.

Urs Schildknecht, Zentralsekretär

Urs Schildknecht nahm teil an 7 Veranstaltungen der MO LCH, 24 Sitzungen von LCH-Kommissionen und Arbeitsgruppen, 7 EDK-Tagungen, 4 Tagungen des Bundes (BFS) und wurde 29-mal zu externen Sitzungen und Tagungen delegiert.

Anton Strittmatter, Leiter der Pädagogi- schen Arbeitsstelle des LCH

Anton Strittmatter nahm teil an 5 Veranstaltungen der MO LCH, 13 Sitzungen von LCH-Kommissionen und Arbeitsgruppen, 4 EDK-Tagungen und wurde 9-mal zu externen Sitzungen und Tagungen delegiert.

Referate und Podiumsteilnahmen der drei leitenden Mitarbeiter des LCH

Beat W. Zemp

Referate:

- An EDK-Plenarversammlungen zum Lehrerleitbild und zu GATS; Referate zur Integration von ICT im Bildungswesen im Rahmen des Projekts PPP-Schule im Netz, Referate zu PISA bei Service Clubs und Wirtschaftsverbänden; Referate und Stellungnahmen bei MO LCH zu Themen wie Berufsauftrag, Disziplinmassnahmen, Lehrermangel, Attraktivität des Lehrberufs u.a.; Stellungnahme an der DV des SER zu GATS in Vevey.

Podien und internationale Vertretung:

- Teilnahme an 8 Podiumsveranstaltungen bei bildungspolitischen Tagungen; Teilnahme an der Ministerkonferenz der Vereinigung der Regionen Europas in Brixen/Südtirol.

Medienarbeit:

- Fernsehen: Zschlagsclub von sf drs zum Massaker in Erfurt; Expo-Event von sf drs zum Berufsbild der Lehrpersonen; mehrere Statements in der Tagesschau und anderen Sendefässen von sf drs;
- Radio: sr drs1 Interview im «Tagesgespräch» zu Erfurt, im «Echo der Zeit» zu Illetrismus und zum Bergier-Bericht sowie viele kürzere Statements;
- Printmedien: Zahlreiche Beiträge und Interviews zur Gewaltproblematik, Kinderpornographie, Arbeitsplatzkosten, ICT, GATS u.a.; Publikation von Artikeln in «BILDUNG SCHWEIZ»;
- Medienkonferenzen: Teilnahme an der Medienkonferenz der EDK zu PISA und an der Medienkonferenz des LCH zur Berufszufriedenheit.

Urs Schildknecht

Referate:

- Hauptreferate an kant. Tagungen von Lehrpersonen oder Schulräten zum Thema Berufsauftrag der Lehrerinnen und Lehrer.

Beratungen/Coachings:

- Coaching von Kantonalvorständen in Fragen der Organisationsentwicklung.

Medienarbeit:

- Presse, Radio und Fernsehen im In- und dem deutschsprachigen Ausland: Neben einer Vielzahl von kleinen Auskünften oder Statements in Zeitungen, Zeitschriften und den elektronischen Medien über 20 grössere Interviews zu Themen wie Lehrermangel, Attraktivität und Zukunft der Lehrberufe, Löhne, PISA, Basisstufe, Mobbing und Gewalt, Strafen und Schulausschluss, Integration, Arbeitszeit und Berufsauftrag, Klassengrösse, EDK und Bund oder Privatschulen.

Publikationen

- Regelmässige Publikation von Artikeln in BILDUNG SCHWEIZ.

Anton Strittmatter

Referate:

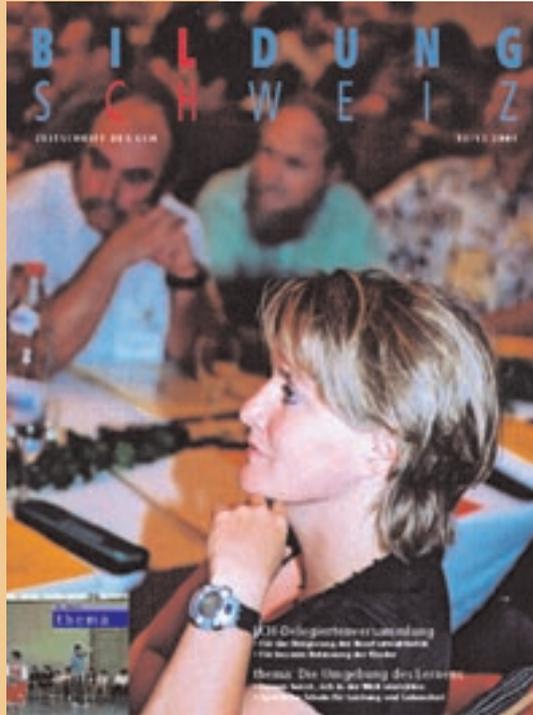
- 11 Referate und Podiumsgespräche als LCH-Vertreter zu Themen wie PISA, Schulautonomie und Schulleitung, Schulaufsicht und Selbstevaluation, Lehrberuf.

Beratungen/Coachings:

- 4 Coachings von Vorständen von Kantonalsektionen und Stufen- bzw. Fachverbänden des LCH.

Medienarbeit:

- 10 grössere Interviews für Zeitungen und Radiosendungen zu PISA, Gewalt, Integration, Strafen und Schulausschluss, Lehrermangel, Schulautonomie-Politik. Daneben eine Vielzahl von kleineren Presseauskünften und Auskünften für Studierende, Forschende und ausländische Besucherinnen und Besucher.
- Regelmässige Publikationen von Artikeln in BILDUNG SCHWEIZ.



Personelles: Präsidien

4. Kommissionen und Arbeitsgruppen (AG)

Rechnungsprüfungskommission:	Roland Kammer
Standespolitische Kommission:	Beat W. Zemp
Pädagogische Kommission:	Claude Bollier
Medienkommission:	Walter Herren
Solidaritäts- und Ausbildungsstiftung:	Pius Egli
Fachkommission Hauswirtschaft:	Brigitte Paganini
Fachkommission Textilarbeit/Werken:	Rita Nüesch
PK Subko. Altersgemischtes Lernen:	Xavier Monn
Pädagog. Entwicklungszusammenarbeit:	Daniel V. Moser

Standespolitische Kommission

Die Standespolitische Kommission traf sich im Berichtsjahr zu fünf ordentlichen Sitzungen inkl. einer zweitägigen Klausur in Weissbad. Dazu kamen im Berichtsjahr eine Vorbereitungssitzung zur Reform der Arbeitsweise der StaKo zusammen mit einer Delegation der Pädagogischen Kommission (PK) und der LCH-Geschäftsleitung.

Die StaKo behandelte u.a. die folgenden laufenden Geschäfte: Besoldungsumfrage per 1.1.2002, Flexibilisierungstendenzen in Personal- und Besoldungsverordnungen, Gutachten zum Streikrecht von Lehrpersonen, Positionspapier von Schule und Elternhaus zu aktuellen schulpolitischen Themen, Attraktivität der Lehrberufe, Feminisierung der Lehrberufe (Vorbereitung eines Projektes für 2003/2004), Berufszufriedenheit von Lehrpersonen, neue Arbeitszeitmodelle für Lehrpersonen, Weiterbildung der Lehrpersonen (Thesendiskussion), LCH-Erhebung zu den privaten Arbeitsplatzkosten, Feedback zum Thesenentwurf der Task Force «Lehrberufsstand» der EDK und Erfahrungsaustausch zu Arbeitskämpfmassnahmen.

An der Klausurtagung in Weissbad diskutierte die StaKo im Auftrag der Geschäftsleitung zudem intensiv über die Vor- und Nachteile der bisherigen LCH-Besoldungsstatistik. Ausgehend von den altbekannten Problemen (missbräuchliche bzw. einseitige Interpretation durch Dritte, nur unvollkommenes Abbild der Lohnentwicklung, keine Berücksichtigung der Flexibilisierungstendenzen u.a.) wurden die Argumente für und gegen eine Weiterführung der Besoldungsstatistik sorgfältig diskutiert und eine ganze Reihe von Verbesserungsvorschlägen erarbeitet. So soll z.B. in



einem Pilotprojekt geprüft werden, auf welche Weise die effektiv ausbezahlten Nettolöhne erhoben werden können. Ein neues PR-Konzept soll im Anschluss an das Pilotprojekt auch die Kommunikation regeln und verhindern, dass es zu stark vereinfachenden Ranking-Listen kommt. Die StaKo beantragte schliesslich der DV, die bisherige LCH-Besoldungsstatistik nicht ersatzlos abzuschaffen, sondern in diesem Sinn zu überarbeiten.

Neben den laufenden Geschäften beschäftigte sich die StaKo schwerpunktmässig im zweiten Halbjahr mit der künftigen Neuorganisation ihrer Arbeitsweise: Zwölf Jahre nach der Gründung des LCH wollte die Geschäftsleitung Struktur und Arbeitsweise der beiden Hauptkommissionen des LCH überprüfen und den neuen veränderten Bedingungen anpassen. Dabei war es der Geschäftsleitung sehr wichtig, die bisherige engagierte und in vielen Teilen durchaus erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre in der PK und StaKo zu würdigen. Der LCH hat nachweislich viele pädagogische und standespolitische Impulse aus seinen beiden Hauptkommissionen erhalten, die den Verband bei seinem Start und der anschliessenden Konsolidierungsphase entscheidend mit geprägt haben. Dennoch vermögen die jetzigen Strukturen und Arbeitsabläufe kaum mehr zu überzeugen. Klärungen und Verbesserungen sind vor allem in vier Bereichen anzustreben:

- bei der Bestimmung der programmatischen Arbeit (Festlegung der Arbeitsschwerpunkte im Rahmen des LCH-Tätigkeitsprogramms; Verabschiedung von «Produkt-Mandaten», Aktualisierung und Abschreibung von Themen);
- bei der Produktion von Grundsatzpapieren (gestiegene Quantitäts- und Qualitätsansprüche, Nutzung effizienter und vielfältigerer Arbeitsformen für den Entstehungsprozess, Einholen von professionellem Feedback, besseres Verhältnis von Aufwand und Ertrag);
- beim verbandsinternen Genehmigungsverfahren (unterschiedliche Legitimation der Papiere und Stellungnahmen, Genehmigungswege);
- bei den unterschiedlichen Publikationsarten bzw. Produkten und ihrer Kommunikation gegen aussen (Publikationsgefässe und PR-Konzept).

An einer gemeinsamen Sitzung beider Kommissionen diskutierten die Mitglieder, basierend auf den Vorarbeiten einer gemischten Vorbereitungsgruppe, die grundlegenden Eckpfeiler für ein neues Reglement, das ab 1.8.2003 in Kraft gesetzt werden soll.

Arbeitsgruppe Arbeitszeit

Personell gab es eine ganze Reihe von Änderungen: Für die zurücktretenden Kolleginnen und Kollegen (Max Müller, LVB; Ursula Studer, KgCH; Silvia Felix-Weber, GL) und zur Aufstockung der Kommission wurden an der DV 2002 folgende neue StaKo-Mitglieder gewählt: Heinz Bachmann (LVB), Barbara Keller (KgCH), Wilfried Kohler (KLV SG), Christoph Michel (LEBE) und Brigitte Paganini (FaKo HW). Für die engagierte Mitarbeit gebührt den StaKo-Mitgliedern und allen Kolleginnen und Kollegen in LCH-Arbeitsgruppen sowie ZS Urs Schildknecht und dem Personal des LCH-Sekretariats ein grosser Dank. Ohne diese Mitarbeit und ohne professionelle Unterstützung durch das LCH-Zentralsekretariat wären die vielfältigen Aufgaben dieser Kommission nicht zu bewältigen!

Die Hauptarbeit dieser vom Zentralvorstand mandatierten Arbeitsgruppe konnte im Berichtsjahr 2002 weitgehend abgeschlossen werden. An vier Sitzungen der LCH-Arbeitsgruppe «Arbeitszeit der Lehrpersonen» wurden die grundlegenden Positionen zu den Themen Jahresarbeitszeit, Gliederung des Berufsauftrags und Kosten von privaten Arbeitsplätzen diskutiert bzw. eine eigene LCH-Umfrage zu den Kosten in Auftrag gegeben (unter fachlicher Mitarbeit von Rechtsanwalt Jürg Brand und Sozialforscher Charles Landert). Danach wurde ein Konsens zur Struktur und zum Inhalt des Schlussberichts in Form eines LCH-Handweisers erarbeitet. Hansjörg Grätzer übernahm die aufwändige Textredaktion der Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit ZP Beat W. Zemp und ZS Urs Schildknecht, der für die LCH-Umfrage zu den Arbeitsplatzkosten zuständig war. Ein erster «Rohling» für den Schlussbericht wurde nochmals grundlegend überarbeitet und in weiteren fünf Fassungen zielstrebig verfeinert, so dass der LCH-Handweiser an der ZV-Sitzung bereits Ende Dezember verabschiedet werden konnte. Ein besonderer Dank gehört daher dem Textredaktor und den drei beteiligten Kantonalpräsidenten Christian Gartmann (LGR), Max Müller (LVB) und René Villommet (LVZ). Diese erfolgreiche Produktionsarbeit unter Einbezug von regionalen Kenntnissen könnte auch für künftige Projektarbeiten im LCH Vorbildwirkung haben. Parallel zur Arbeit dieser Gruppe fanden weitere vier Sitzungen der PAL (Projektgruppe Arbeitszeit Lehrpersonen) im Kanton BL statt, in welcher der LCH-Präsident im Auftrag des ZV Einsitz nahm, um die Arbeit standespolitisch zu begleiten und mit der LCH-Arbeitsgruppe gemäss ZV-Mandat zu koordinieren. Leider konnte die Arbeit bis zum Ende des Berichtsjahres noch nicht erfolgreich abgeschlossen werden, weil die inhaltlichen Konflikte von der Projektleitung der PAL nicht gelöst, sondern ständig vertagt wurden.

Pädagogische Kommission

Die Pädagogische Kommission (PK) hat 2002 in vier Sitzungen, davon eine Klausur, das Dossier Kernauftrag der Lehrpersonen im Hinblick auf die Fachtagung weiter geführt, das Thema Schule und Sozialarbeit im Hinblick auf einen Handweiser (Urs Vögeli-Mantovani) begleitet, die Frage der Weiterbildung der Lehrpersonen zu fünf Brennpunkten zugespitzt und in BILDUNG SCHWEIZ kommentiert veröffentlicht, die Illetrismus-Situation in der Schweiz zur Kenntnis genommen (Silvia Grossenbacher), die pädagogischen Konsequenzen des Computereinsatzes diskutiert, die Entwicklung der Pädagogischen Hochschulen weiter beobachtet, das Thema der Mitwirkung der Eltern nach einer Pause wieder aufgenommen und in einer Arbeitsgruppe vertieft, die Frage des Mobbings gegen Lehrpersonen aufgegriffen und in einer Arbeitsgruppe mit dem Ziel eines Merkblatts vertieft und last but not least in einer gemeinsamen Sitzung mit der StaKo die zukünftige Arbeit im Verband entworfen.

Im Juli 2002 galt es von drei bewährten Mitgliedern der PK Abschied zu nehmen, welche ihre zwölf Jahre Mitgliedschaft bzw. das Pensionsalter erreicht hatten: Leo Haffenmeyer, Urs Hagenbach und Urs Vögeli-Mantovani sei hier für ihren praktischen Einsatz, manchmal bis in die Fachtagungs-Schreibnächte, für ihr kritisches und genaues Mitemdenken bei den sprachlichen Eigenarten von Verbandstexten und für ihre Freundschaft herzlich gedankt.

Nach den Sommerferien sind wir neu gestartet: In die PK wurden Rita Nüesch (Wil SG), René Villommet (Baar), Franziska Peterhans (Aarau), Dr. Silvia Grossenbacher (Koordinationsstelle für Bildungsforschung), Marianna Abd-el-Razik (Maienfeld) und Marie-Thérèse Lottaz (Fribourg) gewählt.

Allen Kolleginnen und Kollegen sei für die geleistete Arbeit gedankt.

Subkommission Altergemischtes Lernen

Auch im Jahre 2002 bildete das traditionelle «Treffen schweizerischer Mehrklassenlehrkräfte» den Abschluss und zugleich den Höhepunkt des Kommissionsjahres. Es fand am 9./10. November in Appenzell AI zum Thema "Blick über die Grenzen" statt. Dabei standen Entwicklungen und aktuelle Projekte im Bereich Altersgemischtes Lernen/Mehrklassenschulen in den Ländern Deutschland und Österreich im Vordergrund. Roland Bauer (D), Schulrat in Reutlingen, stellte jahrgangsgemischte Schulmodelle in Sindelfingen vor. Marina Sutter-Moosbrugger (A), Unterrichtswissenschaftlerin an der Pädagogischen Akademie des Bundes in Vorarlberg, gab einen Einblick in die österreichische Situation der Kleinschulen. Beat Wirz, Mitarbeiter der Stabsstelle Bildung der Erziehungs- und Kulturdirektion BL, berichtete von einer Bildungsreise ins neue Bundesland Thüringen, wo aufgrund sinkender Schülerzahlen kleine Grundschulen und jahrgangübergreifendes Lernen aktuell wurden.

Mit dem Blick über die Grenzen waren jedoch nicht allein Schulprojekte bei unseren Nachbarn assoziiert. Es ging darum, moderne Formen des altersgemischten Lernens aufzuzeigen als eine mögliche Antwort darauf, wie mit der Heterogenität in den Volksschulklassen umgegangen werden kann. Stellvertretend für eine wachsende Anzahl von Schweizer Schulen, die auf diesem Hintergrund den Schritt zum altersgemischten Lernen wagen und sich von den Jahrgangsklassen abwenden, stellte die Oberstufe Alterswilen TG ihr Konzept OSA-2plus vor. Ein Schulmodell, das Grenzen sprengt und neue Wege geht mit einer Pilotklasse, die sich aus Jugendlichen verschiedenen Alters und Lern-Niveaus zusammensetzt. Die Tagungsunterlagen können auf der Internetseite der Kommission (www.lch.ch/pk_sub-agl) heruntergeladen werden.

Die Vor- und Nachbereitung der Tagung beanspruchte den grössten Teil der vier Kommissionsitzungen. Dies soll sich in Zukunft ändern. Der Planungsablauf und die Zusammenarbeit mit dem LCH-Sekretariat sind inzwischen eingespielt. Dies macht es einerseits möglich, dass auch ein Kanton ohne Mehrklassenvereinigung die Gastgeberrolle übernehmen kann. Andererseits sollen nun vermehrt neue Schwerpunkte und Projekte angegangen werden. Zu diesem Zweck lädt die Kommission die Präsidentinnen und Präsidenten der kantonalen Mehrklassenvereinigungen (AG, BL, BE, GR, SG, TG, ZH) zu einem Austausch ein. Dabei sollen die gegenseitigen Erwartungen geklärt und der Handlungsbedarf aufgenommen werden.

Fachkommission FKHW

Die Fachkommission Hauswirtschaft kann auf ein erstes Jahr innerhalb des Dachverbandes Lehrerinnen und Lehrer Schweiz zurückblicken. Vorweg lässt sich dabei feststellen, dass bis auf wenige Ausnahmen die betroffenen Berufskolleginnen und -kollegen mit dieser, vor einem Jahr angestrebten Lösung, zufrieden sind.

Die Fachkommission Hauswirtschaft traf sich im Berichtsjahr zu sechs umfangreichen Sitzungen. Nach Auflösung des ehemaligen Berufsverbandes war es der Kommission ein zentrales Anliegen, den Kontakt zu den ehemaligen SVGH-Sektionen aufrecht zu erhalten und zu den restlichen LCH-Sektionen erste Kontakte knüpfen zu können. Dies ist sehr gut gelungen. An der erstmals organisierten Informationsveranstaltung vom 25. Mai 2002 in Zürich waren insgesamt 15 Kantone vertreten. Diverse zentrale Fachfragen wurden rege diskutiert. So war selbstverständlich die Frage der Nachqualifikationsangebote für Hauswirtschaftlehrkräfte in den einzelnen Kantonen oder Regionen ein Schwerpunkt. Die Kommission hatte im Vorfeld die einzelnen Kantone diesbezüglich um Rückmeldungen gebeten, diese zusammengefasst und den Anwesenden als Diskussionsgrundlage präsentiert. Weiter wurden die Ergebnisse der LCH-Umfrage zur Berufszufriedenheit zur Kenntnis genommen. Die Anwesenden wünschten einstimmig, diese Infoveranstaltung jährlich zu wiederholen, um diese gute Plattform für die Diskussion hauswirtschaftlicher Anliegen weiterhin benutzen zu können.

Ausgehend von sehr unterschiedlichen Aktivitäten verschiedener Gruppierungen innerhalb der hauswirtschaftlichen Bildung wurde eine stärkere Koordination gewünscht. Dies veranlasste die Kommission zur Eingabe eines Mandates bei der LCH-Geschäftsleitung für eine schweizerische Arbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft. Dem Mandat wurde zugestimmt. Unter der fachlichen Begleitung von Anton Strittmatter werden sich Fachpersonen aus unterschiedlichsten hauswirtschaftlichen Schulen, Institutionen oder Organisationen mit folgenden Anliegen beschäftigen:



- Klärung des Kernauftrages des Fachbereiches Hauswirtschaft an der Volksschule
- Argumentationsgrundlagen für die öffentliche Diskussion
- Koordination von Aktivitäten auf schweizerischer Ebene
- Imagepflege
- Gezielte Lobbyarbeit

Die erste Sitzung wird im Januar 2003 stattfinden.

Dank gebührt den Kommissionsmitgliedern für die engagierte Mitarbeit in dieser Startphase und allen LCH-Verantwortlichen, die uns während diesem ersten Jahr unterstützt haben.

Fachkommission TW LCH

Der Arbeitsschwerpunkt der Fachkommission Textilarbeit und Werken war das Projekt Fachtagung «unterwegs». Über 260 Lehrpersonen aus der ganzen Schweiz fanden sich am 14. September 2002 im Stadtsaal von Wil zur Fachtagung «unterwegs» ein. Die Tagung wurde von der Fachkommission TW in Zusammenarbeit mit der Fachdidaktikgruppe Textil der wbz organisiert. Viele amtierende Kolleginnen und Kollegen sind zurzeit verunsichert, wie sich ihre Fachbereiche entwickeln und wie ihre Stelle in der Schule gesichert sein wird. Mit der Fachtagung haben wir einen deutschschweizerischen Überblick zur Ausbildungssituation gegeben. Unterwegs ist einerseits die Ausbildung der Lehrpersonen, unterwegs ist aber andererseits der Fachbereich Gestalten/Werken, der nicht mehr als Monofachausbildung existiert.

In einem ersten Teil haben elf Pädagogische Hochschulen den Stand der Reformprojekte und ihre Ausbildungskonzepte dargelegt, es waren elf verschiedene Projekte! Ein kleiner Lichtblick zeigte sich im Vorhandensein von mehr oder weniger hoher Stundendotation unserer Fachbereiche innerhalb der Ausbildung sowie Möglichkeiten zur Nachqualifikation.

Im zweiten Teil versuchte Toni Strittmatter in 6 Thesen den Umbruch des Fachbereiches im Zusammenhang mit einer ganzheitlichen Bildung für die Zukunft zu deuten. Stichworte wie Einigung auf Begrifflichkeiten, Formulierung von Bildungszielen, fachdidaktische Niveaus, auch die Forschung wurden angesprochen, um nur einige zu nennen. Wichtig scheint vor allem eine neue Definition der Bildungsinhalte mit ihren Kernzielen auf deutschschweizerischer Ebene zu sein.

Mit dem Mandat des LCH zur Bildung einer ARGE (Arbeitsgemeinschaft «Gestalten/Werken» LCH) kann diese Arbeit nun geleistet werden. Sie ist auf zwei Jahre befristet. Die ARGE setzt sich



aus Vertretungen der Aus- und Weiterbildung, der Fachbereiche Bildnerisches Gestalten, Textilarbeit/Werken und der Gruppe «Resolution Daseinskompetenzen» zusammen.

Ziele der ARGE:

- Begriffsklärung der gestaltenden Fachbereiche, d.h. finden eines Oberbegriffs mit dem sich alle Beteiligten identifizieren können
- Formulieren von Kernzielen, Kernkompetenzen, die eine Schülerin/ein Schüler nach der obligatorischen Schulzeit haben muss
- Gleichwertigkeit aller Fachbereiche erlangen
- Argumentarium bereitstellen zur Mitsprache in der Bildungsdiskussion
- Leitbildarbeit
- Zusammenarbeit mit dem Projekt «HarmoS» (Harmonisierung der obligatorischen Schule): hier werden Kompetenzbeschreibungen und Standards für verschiedene Fächer gefordert. Der manuell gestaltende Fachbereich ist in dieser Auflistung nicht aufgeführt. Hier nun wird die ARGE versuchen Einfluss zu nehmen und eine Gleichbehandlung aller Fachbereiche fordern. Damit soll die Gleichwertigkeit mit andern Fächern erreicht werden.

Medienkommission

Die MeKo hat Neuerungen von BILDUNG SCHWEIZ vorbereitet, die auf den 1. Januar 2003 in Kraft getreten sind:

- Integration von BILDUNG SCHWEIZ thema in BILDUNG SCHWEIZ: Die Themennummern werden nicht nur redaktionell und in der Produktion, sondern auch äusserlich in BILDUNG SCHWEIZ integriert; der Titel-Begriff «thema» wird ab 2003 nicht mehr verwendet.
- Erscheinungsweise: 12 Regelnummern, dazu in der Regel 4 Hefte mit thematischem Schwerpunkt (Lehrmittel, Schulreisen, Gesundheit-Sicherheit, Computer/Internet) sowie separate Stellenanzeiger nach Bedarf.
- Ausbau der Redaktion: Per 1. November 2003 ist zusätzlich eine Teilzeitredaktorin oder ein Teilzeitredaktor mit einem Anstellungsgrad von 40% anzustellen. Damit ist auch die Stellvertretungsfrage des Redaktors gelöst.

Solidaritäts- und Ausbildungsstiftung

Wenn sich die Inseratenakquisition weiterhin in der bisherigen Grössenordnung bewegt, können die getroffenen Massnahmen unter den gegebenen Auflagen der DV kostendeckend durchgeführt werden.

Heinz Weber, Verantwortlicher Redaktor, Peter Waeger, zuständig für Grafik und Layout und Urs Schildknecht, ZS, wird für den grossen Einsatz zur Herausgabe von BILDUNG SCHWEIZ in dieser hervorragenden Qualität gedankt.

Die Arbeit des Stiftungsrates der Solidaritäts- und Ausbildungsstiftung LCH konzentrierte sich im vergangenen Jahr auf zwei Themenbereiche. Klärung der Aufgaben der Stiftung einerseits und des Solidaritätsfonds andererseits. Zustimmung in den LCH-Gremien fand die Zusammenführung der Stiftung und des Solidaritätsfonds in einer neuen Stiftung namens «Solidaritäts- und Ausbildungsstiftung», nicht aber die Idee eines individuellen LCH-Rechtsschutzes für alle Mitglieder, der auf der finanziell guten Basis dieser neuen Stiftung mit lediglich einem kleinen zusätzlichen Mitgliederbeitrag verbandsintern, d.h. ohne Prämien an ein externes Versicherungsunternehmen, hätte gewährleistet werden können.

Aufgrund der klaren Bereichszuteilung der Stiftung und des Solidaritätsfonds wurden Anfang Jahr alle Reglemente nochmals bearbeitet und letzte Klärungen vorgenommen. So bearbeitet der Stiftungsrat Gesuche für Ausbildungsbeiträge in Form von Darlehen oder Gaben sowie Anfragen für Beiträge in sozialen Härtefällen. Beide Gesuchsmöglichkeiten stehen den Mitgliedern von LCH respektive deren Mitgliedorganisationen zu.

Der Solidaritätsfonds wird durch die Geschäftsleitung LCH verwaltet. Der Fonds leistet Beiträge an ausserordentliche Ausgaben der Kantonalsektionen beziehungsweise des LCH in gewerkschaftlichen, bildungspolitischen und pädagogischen Bereichen, die im Gesamtinteresse des Verbandes liegen. Der Zentralvorstand LCH akzeptierte diese Aufteilung an der Sitzung vom 24.04.2002.

An den drei Sitzungen des Stiftungsrates wurden nebst statutarischen Geschäften sechs verschiedene Gesuche behandelt, die alle einer entsprechenden Lösung zugeführt werden konnten. Verschiedene Gesuche sind momentan in Bearbeitung. Mehrere Anfragen mussten direkt abgelehnt werden, weil sie die Anforderungen der Stiftungsstatuten nicht erfüllten.

Allen Mitgliedern des Stiftungsrates sei für die engagierte Mitarbeit gedankt. Ein besonderer Dank richtet sich an Walter Fust und Urs Schildknecht. Walter Fust leistet als Geschäftsleiter kompetente Arbeit im Finanzsektor, und Urs Schildknecht stellt die Verbindung zur Geschäftsleitung und damit zum Solidaritätsfonds sicher.

AG Pädagogische Entwicklungszusammenarbeit (PEZA)

Wie in früheren Jahren führte die Arbeitsgruppe für Pädagogische Entwicklungszusammenarbeit (PEZA) des LCH auch im Berichtsjahr Weiterbildungskurse für Lehrerinnen und Lehrer in Afrika durch. Die Kurse beruhten auf Mehrjahresprogrammen, die gemeinsam mit afrikanischen Partnerorganisationen erarbeitet worden sind.

Burkina Faso: Werken

Im Sommer 2002 traten diese künftigen Kursleiterinnen und Kursleiter vorerst in einem Kurszentrum nördlich der Hauptstadt Ouagadougou nochmals zu einem kurzen «Wiederholungskurs» an. Anschliessend gestalteten sie – gemeinsam mit dem schweizerisch-togolesischen-burkina-beischen Leitungsteam – einen dreiwöchigen Kurs für rund 60 Primarlehrerinnen und Primarlehrer aus allen Regionen des Landes. Dabei ging es sowohl um die Vermittlung von neuen Techniken wie auch um neue didaktisch-methodische Arbeitsweisen im Bereich Werken. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiteten mit grossem Engagement mit, obwohl es an Problemen wie fehlendes Material, unterschiedliche Werkzeuge, Stromausfall und Malaria nicht fehlte. Die Lehrerinnen und Lehrer verfügten am Ende des Kurses über solide Grundkenntnisse im Bereich Werken, ein erweitertes Methodenrepertoire, über einen Satz Werkzeuge und über ein Arbeitsbuch mit Beschreibungen zu den wichtigsten Arbeiten. Besonders bewährt hat sich der Beizug von Kursleitern aus Togo, die in früheren Jahren ausgebildet worden waren.

Das Programm in Burkina Faso wurde im Sommer 2002 wie vorgesehen abgeschlossen. Die ausgebildeten Kursleiterinnen und Kursleiter können voraussichtlich in weiteren Kursen, die durch das Syndicat National des Enseignants Africains du Burkina (SNEAB) und das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) organisiert werden, mitwirken.

Tansania: Englisch und Umweltbildung

Am erweiterten Kaderseminar im Sommer 2002 in Arusha nahmen nun 75 tansanische Primarlehrkräfte teil. Zu den Zielen dieses Kurses gehörte es, die Kenntnisse in der englischen Sprache zu vertiefen, aber auch das Repertoire an didaktisch-methodischen Möglichkeiten (wie Gruppenarbeiten, Unterrichtsspiele usw.) zu erweitern. Im Bereich der Umwelterziehung galten ähnliche Zielsetzungen. Als Themen kamen hier Fragen der Abfallentsorgung, der Überbevölkerung, des Bodenschutzes (Bodenerosion, Übernutzung) und der Luftverschmutzung zur Sprache. Hier zeigten sich einige Schwierigkeiten. Die bestehenden Materialien in Suaheli wiesen inhaltliche Mängel auf, während die englischsprachigen Materialien nicht von allen Kursteilnehmerinnen und teilnehmern voll verstanden wurden. Für 2003 ist geplant, die vorbereiteten englischsprachigen Hand-Outs vorgängig in Suaheli zu übersetzen. Erstmals konnten gemeinsam vorbereitete Lektionen in Primarschulklassen in Arusha auch praktisch durchgeführt werden, was sich sehr bewährt hat.

Der Weiterbildungskurs 2002 in Arusha wurde einer internen ausführlichen und systematischen Evaluation unterzogen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beurteilten den Kurs allgemein sehr positiv, insbesondere die Arbeit der schweizerischen und tansanischen Kursleiterinnen und Kursleiter. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer wünschten sich indessen einen längeren Kurs, was jedoch wiederum auf organisatorische und finanzielle Schwierigkeiten stösst. Auch äusseren viele Lehrpersonen den Wunsch nach noch mehr Unterrichtsmaterialien, da in den tansanischen Schulen ein für uns kaum vorstellbarer Mangel an Lehrmitteln besteht.

Die Verantwortlichen unserer Partnerorganisation Tanzanian Teachers Union (TTU) und die örtlichen Schulbehörden haben für die Zeit zwischen dem Kurs von 2002 und dem Kurs von 2003 ein «Monitoring» für die Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer organisiert. Es soll überprüft werden, wie sich der Besuch des Weiterbildungskurses auf die Lehrtätigkeit in den Schulen auswirkt.

Nach der Planung der PEZA wird das Programm der Weiterbildungskurse in Englisch und Umwelterziehung mit einem letzten dreiwöchigen Kurs im Sommer 2003 abgeschlossen. Im Sinne der Nachhaltigkeit hat das schweizerisch-tansanische Leitungsteam seit einiger Zeit die Arbeiten für ein Nachfolgeprojekt für die Jahre 2004-2006 aufgenommen.

Pädagogische Arbeitsstelle

Die Pädagogische Arbeitsstelle des LCH zählt eine Menge unterschiedlicher Leistungsbereiche:

- Leistungen in der Verbandsführung (Mitarbeit in allen Zentralorganen)
- Betreuung von Kommissionen (Pädagogische Kommission, Fachkommissionen in den Bereichen Werken/Gestalten und Hauswirtschaft)
- Leistungen für die Mitgliedorganisationen (Gutachten, Auskünfte und direkte Beratungen für Kantonalsektionen bzw. Stufen- und Fachverbände)
- Publikums-Auskünfte und Medienarbeit
- Mitarbeit in interkantonalen und internationalen Gremien im Auftrag des Verbandes
- Bearbeitung von Vernehmlassungen (siehe Jahresbericht Zentralsekretär)
- Vorträge/Podien/Publikationen
- Wissenschaftliche Aktivitäten/publizistische Tätigkeiten
- Pflege einer Fachbibliothek zu schulpädagogischen Themen
- Verkauf von Dienstleistungen an Dritte (Selbstfinanzierungsanteil der PA)

Weil sich die Art der Dienstleistungen in vielen Bereichen jährlich wiederholt, verweisen wir auf den letztjährigen Tätigkeitsbericht. Zur Abwechslung konzentrieren wir uns in diesem Jahresbericht auf die wichtigsten Themen.

PISA, HarmoS und Trittbretter

Die PISA-«Rangverkündigung» vom Dezember 01 bildete den Auftakt zu einer sehr intensiven, das ganze Jahr 2002 über anhaltenden Welle von Debatten, Veranstaltungen und Mediengeschichten. Die PALCH erarbeitete Deutungshilfen, Analysen und Vorschläge für Handlungsfelder z.H. der Verbandsorgane und der Medien. Das Ganze war und ist ein noch nicht abgeschlossener Prozess. Im Verlaufe der Debatten, durch das Studium anderer Analysen und durch die Teilnahme an Tagungen veränderten sich die Ersteindrücke mehrere Male, was denn auch zu mehreren Teilrevisionen der LCH-Stellungnahmen führte. Das Jahr 2003 wird mit der Publikation der



wissenschaftlichen Vertiefungsstudien nochmals neue Erkenntnisse bringen. Wir sind insbesondere gespannt auf die «Reliabilität» der ganzen Testanlage, d.h. auf Konstanz oder Inkonzanz der Resultate bei Wiederholungen.

Eine direkte Reaktion auf PISA war auf Seiten der EDK die Lancierung des Projekts «HarmoS» (Harmonisierung der obligatorischen Schulzeit). Die PA LCH nahm zum Konzept Stellung und der Leiter der PA ab Beginn 2003 Einsitz im Projektbeirat. Der LCH verknüpft mit HarmoS drei Erwartungen:

- dass es nicht bloss eine Fabrik von Kompetenzenbeschreibungen zwecks Etablierung einer permanenten Testerei wird, sondern ein Ort der Besinnung auf und Aushandlung von Kernkompetenzen als Nukleus eines zumindest sprachregionalen Lehrplans;
- dass die Vereinbarung von Kernkompetenzen als Lernziele verbunden wird mit einem Konzept des zielerreichenden Lernens, des insistierenden Lehrens und Lernens; oder anders gesagt, dass mittels klarer Prioritäten im Lehrauftrag der Schule und der Schaffung von Möglichkeiten des Insistierens darauf sich eine Entlastung der Berufsrolle und der Wiedergewinn von Wirksamkeitserlebnissen der Lehrerschaft einstellt;
- und schliesslich, dass diese Übung sich nicht auf die klassischen «PISA-Leistungsfächer» beschränkt und dadurch die schon bestehenden Fächerhierarchien noch verschärft, sondern synchron alle Bildungsbereiche angeht.

Dass PISA auch für alle möglichen und unmöglichen Forderungen eine willkommene Bühne und Rechtfertigung bot, überrascht nicht. Alle Missionsgruppen für irgendwelche Anliegen überschrieben ihre Marktstände flugs mit «Wie PISA zeigt...» und fanden dafür meist auch ein medial aufgewecktes, dankbares Publikum. Da hat sich seit den Pestzeiten im Mittelalter nichts geändert. Gegen einzelne Auswüchse (vor allem aus der Ecke der Test- und Benchmarkingfetischisten) sind wir öffentlich aufgetreten. PISA kann ein erkenntnisträchtiges Bildungsforschungsprojekt werden. Daran sind auch wir Lehrerinnen und Lehrer vital interessiert. Gerade deswegen darf PISA nicht zum stressenden und die Lehrerschaft vergraulenden Jahrmarkt der Sündenbocktheorien und Reform- und Kontrolleiferer verkommen.



Sprachendebatte

Die PISA-Resultate und -Debatten haben dazu beigetragen, einerseits die Förderung der Unterrichtssprache (hier Deutsch) als Anliegenbereich aufzuwerten, andererseits aber auch die Skepsis gegenüber dem EDK-Fremdsprachenkonzept mit zwei obligatorischen Fremdsprachen auf der Primarstufe weiter verschärft. Was wir im letztjährigen Bericht geschrieben haben, sei deshalb hier wiederholt: Kein Land führt auf der unteren Primarstufe eine Fremdsprache ein und dann nur zwei Jahre später gleich noch eine zweite – und das bei einer völlig unbefriedigenden Situation bezüglich der Beherrschung der örtlichen Unterrichtssprache und einem sehr hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern, welche eine ganz andere Muttersprache mitbringen. Der LCH setzt sich hier zunächst für einen realistischen Blick auf die tatsächlichen schulischen Möglichkeiten und Grenzen eines wirksamen Sprachenunterrichts (und deren Preis) ein, bevor euphorisch das Fuder zu gross wird. Es könnte sich sonst in ein paar Jahren zeigen, dass mit der zusätzlichen Fremdsprache auf der Primarstufe nicht nur nichts gewonnen, sondern vorhandene Qualitäten beschädigt und alte Probleme verschärft wurden. Vielleicht muss im Sprachenbereich Abschied genommen werden vom Ideal einer gleichen Beschulung aller Kinder und Jugendlichen und zu einem Konzept individuell unterschiedlicher Sprachbiografien gefunden werden.

Qualitätsmanagement, Schulleitung und Schulaufsicht

Die Ende 01 vom Zentralvorstand verabschiedete Meinungsplattform zum ganzen Themenbereich Qualitätsmanagement und Schulaufsicht einschliesslich der Rolle der Schulleitung wurde im Berichtsjahr 02 zu einer wichtigen Orientierungsmarke. Denn einerseits war eine Stellungnahme zu einem Entwurf von EDK-Empfehlungen zur Selbstevaluation von Schulen auszuarbeiten und andererseits kamen in mehreren Kantonen Projekte zur Neuordnung der Schulaufsicht in Diskussion. Dieses Thema wird uns noch einige Jahre beschäftigen. Der Umbau der herkömmlichen Schulaufsicht durch Inspektorat und Laienbehörden hat erst begonnen und wird mit grossen (und von der breiten Lehrerschaft heute noch eher unterschätzten) Konsequenzen für die Lehrerinnen- und Lehrerbeurteilung, für die Rolle der Schulleitungen und für die Steuerung der Einzelschule verbunden sein. Es ist zu beobachten, dass in den wenigsten Fällen systematisch von den zu leistenden Steuerungs- und Aufsichtsaufgaben ausgegangen wird, sondern dass direkt mehr oder weniger originelle ausländische Modelle und Instrumente aus der Privatwirtschaft kopiert werden.

Die PA LCH hat sich mit Gutachten und Vorträgen in die Diskussionen eingemischt. Wir lernen dabei immer noch viel von der Zusammenarbeit mit Schulen aller Stufen, welche unser «Formatives Qualitätsevaluations-System» (FQS) eingeführt haben. Folgerichtig hat sich der LCH in der

	<p>Vernehmlassung auch positiv zum Entwurf von EDK-Standards für die Selbstevaluation von Schulen geäussert. Die PA LCH arbeitete im Mandat des EDK-Sekretariats schliesslich mit an der Auswertung der Vernehmlassung und an der Überarbeitung der Standards bzw. Empfehlungen.</p> <p>Ein Meilenstein war auch die Publikation des neuen Leitfadens «Personalentwicklung als Schulleitungsaufgabe» der PA LCH im Herbst 2002. Die in Schulleitungskursen breit erprobten Vorschläge und Materialien finden sehr guten Anklang bei Schulleitungen und Behörden (auch in Deutschland und Österreich). Erstmals wurde damit im deutschen Sprachraum ein genuin aus der Schule heraus entwickeltes Konzept der Personalführung und -entwicklung vorgelegt.</p>
<p>Weiterbildung der Lehrpersonen</p>	<p>Die PA wirkte im Berichtsjahr – im Rahmen der Pädagogischen Kommission – mit an der Herausgabe einer neuen LCH-Plattform zu aktuellen Anliegen der Weiterbildung. Auf deren Grundlage konnte auch die LCH-Stellungnahme zu einem Vorentwurf von EDK-Empfehlungen zur Weiterbildung abgefasst werden. Wir verfolgen mit hoher Aufmerksamkeit die Einverleibung der kantonalen Weiterbildungsstellen in die neuen Pädagogischen Hochschulen – ein Vorgang mit grossen Chancen für den Berufsstand und gleichzeitig mit gewissen Gefahren (Realabbau bzw. Versickern des Investitionsvolumens für Weiterbildung in andere Bereiche der PH). Der LCH hält an der Forderung fest, die Weiterbildungsmittel vermehrt in Form von Einkaufsmitteln von den Anbietern weg und hin zu den Schulen zu verlagern.</p>
<p>Zukunft der DMS</p>	<p>EDK und Bund (BBT) legten im Berichtsjahr Zukunftsthesen und revidierte Anerkennungsbestimmungen für die Diplommittelschulen zur Vernehmlassung vor. Die auch in der Lehrerschaft nicht einheitliche Wahrnehmung dieses Schultyps bescherte dem LCH intern heisse Diskussionen. Vor allem die Frage des Stellenwerts der DMS als Vorstufe zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung an Pädagogischen Hochschulen ist für den LCH ein Politikum («Aufweichung des Königswegs über die gymnasiale Matur»). Schliesslich fand der LCH aber zu einer klaren Linie: ein überzeugtes Bekenntnis zur DMS als sinnvolles drittes Angebot zwischen Berufsschulen und Gymnasien, welches – mit Auflagen – auch Zugänge zum Tertiärbereich offen hat.</p>
<p>Gewalt gegen Lehrpersonen und Mitschüler</p>	<p>Die Ereignisse in Erfurt und ähnliche Vorgänge an anderen Schulen waren zunächst medienmässig zu bewältigen, was das ganze Team der leitenden Mitarbeiter stark gefordert hat. Sodann galt es aber auch, präventive Ideen zur entstandenen breiten Debatte beizusteuern. BILDUNG SCHWEIZ hat die Thematik in verschiedenen Beiträgen aufgenommen. Die PA hat wesentlich zum LCH-Positionspapier «Schützen – Unterstützen – Befähigen» beigetragen. Der LCH betont, dass den Aufgaben der Lehrpersonen von allen Seiten wieder mehr Respekt gehört: Eltern müssen ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen und in die Pflicht genommen werden. Die Schule muss zurückfinden von der Entwicklung zu einem anonymen Bildungsveranstalter – was sie heute vor allem auf den Sekundarstufen I und II oft ist – zu einem System, in dem es für persönliche Begegnungen zwischen Lehrpersonen und Schülern noch Zeit und Raum gibt. Kantonale und örtliche Schulbehörden haben mit der Durchsetzung von Disziplinar massnahmen bei Regelverstössen, Gewalt oder chronischem Drogenmissbrauch durch Schüler für die Sicherheit an den Schulen zu sorgen. Die Gesellschaft hat hinzuschauen und zu sagen, dass sie gewaltverherrlichende Spiele und Medien nicht mehr will.</p> <p>Unsere Überlegungen fliessen nun auch in die Arbeiten der von der EDK beauftragten Arbeitsgruppe zur Bereitstellung hilfreicher Materialien für Schulen und Behörden ein.</p>
<p>Schulleitungskurse</p>	<p>Die zusammen mit der Luzerner Akademie für Erwachsenenbildung durchgeführten Schulleitungsbildungsgänge erfreuen sich nach wie vor eines ausgezeichneten Zuspruchs. Es wurden wiederum 7 parallele Basiskurse und eine grosse Zahl von Ergänzungsmodulen durchgeführt. Das mittlerweile auf 9 Kursleiterinnen und Kursleiter angewachsene Team harmoniert sehr gut. Noch offen ist die Lösung beim angebahnten Weg in die Tertiärisierung und die künftige Rolle des LCH in diesem Unternehmen. Es wird ein schrittweiser Ausstieg erwogen, weil die Kursarbeit auf Dauer zu viel Kapazitäten des Leiters PA LCH bindet und nicht zu den Kernaufgaben des Dachverbandes gehört.</p>

Leitfäden für Schulleitung
und Schulentwicklung

Die bisher erschienen vier Leitfäden (Schulleitung einrichten, Umgang mit Kritik an Lehrpersonen, Leitbildarbeit, Personalentwicklung) sind nach wie vor «Verkaufsschlager». Im Frühsommer 03 erscheint ein fünfter Leitfaden zur Schulsozialarbeit. Anschliessend soll eine aktualisierte, wesentlich neu gestaltete Version des Leitfadens «Die Schulleitung einrichten» herauskommen.

Pestalozzipreis für kinderfreundliche
Lebensräume

5. Pädagogische Themen

Der Gemeinde Risch (ZG) konnte am 20. November (Tag des Kindes) der Pestalozzi Preis 2002 namens der Jury durch den LCH-Zentralsekretär überreicht werden. Erstmals wurde auch ein Anerkennungspreis in Form eines Baumes vergeben: dem Kanton Basel Stadt.

Dieser Preis in der Höhe von Fr. 20'000.- wird vom LCH, der Stiftung pro juventute, der UNICEF Schweiz, der Kinderlobby Schweiz und der Pestalozzi Weltstiftung alle zwei Jahre einer öffentlichen Körperschaft für eine Politik zugunsten der Kinder und Jugendlichen zuerkannt – einer Politik, die stark auf Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative baut und sich auch positiv für die Schule auswirkt.

Die Gemeinde Risch beeindruckt durch vielfältige und zukunftsorientierte Aktivitäten und Projekte im Bereich der Kinder- und Familienpolitik. Das Leitbild Familienförderung entstand nach einer Bedürfnisabklärung bei Kindern, Jugendlichen und Eltern. Der durch die Gemeinde finanzierte Leiter der Verwaltungsstelle «Familie plus Jugend» spielt eine herausragende Rolle für die Vernetzung der verschiedenen Angebote in der Jugend- und Familienförderung sowie für die Betreuung der Projektverantwortlichen. Die Familienkommission übernimmt die Brückenfunktion zwischen Behörden und Einwohnerschaft. Verwirklicht worden sind eine offene, professionell betreute Jugendarbeit, Kinderbetreuungseinrichtungen und eine vielseitige Infrastruktur im Freizeitbereich. Die Preissumme wird Risch die Umsetzung des geplanten Konzeptes mit einer Aktionswoche für Kinder- und Jugendpartizipation ermöglichen helfen.

Kinderrechtsbroschüren

In einer vertraglich geregelten Zusammenarbeit zwischen der Stiftung pro juventute und dem LCH entstanden Broschüren zum Thema Kinderrechte für drei verschiedene Altersgruppen von Jugendlichen.

Schweizer Jugendbuchpreis

Der sistierte Schweizer Jugendbuchpreis des LCH wird im Jahr 2003 in neuer Form, als Kinder- und Jugendmedienpreis, in einer vertraglich geregelten Kooperation zwischen dem LCH und dem Schweizerischen Institut für Kinder- und Jugendmedien (SIKJM) wieder zur Verleihung kommen. Ziel dieser Preise sind die Leseförderung (Print- und interaktive Medien) sowie die Förderung kultureller Aktivitäten im Bereich der Literatur.

6. Standespolitische Themen

Berufszufriedenheit

Die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung zu Berufszufriedenheit und -unzufriedenheit in der Deutschschweiz bei über 10'000 Lehrpersonen beleuchtete die aktuelle Situation und verglich sie mit dem Stand von 1990: Berufszufriedenheit wird vor allem durch pädagogische Erfolge sowie Kooperation im Team genährt; Unzufriedenheit durch verschlechterte Anstellungs- und Arbeitsbedingungen, die geringe gesellschaftliche Anerkennung sowie missstimmige Abwicklung der Schulreformen.

Die Berufszufriedenheit ist in den letzten 10 Jahren allgemein, in Bezug auf einzelne Aspekte (Prestige, Reformprozesse, Arbeitsbedingungen) sogar stark gesunken. Im Vergleich mit 1990 würden heute weniger Lehrpersonen ihren Beruf erneut wählen. Hatten sich 1990 noch 75% aller Befragten erneut für den Lehrberuf entschieden, waren es 2001 durchschnittlich weniger als 71%



(mit Vollpensum: 68%; Männer: 65%; Oberstufe: 64%). Bedenklich also, dass 2002 jede dritte Lehrperson auf der Oberstufe «innerlich gekündigt» hat. Häufigstes Argument gegen das Verbleiben im Lehrberuf sind Stress, das soziale Umfeld vieler Schülerinnen und Schüler, fehlende Aufstiegsmöglichkeiten und fehlende Anerkennung.

Für die Wiederwahl des Lehrberufes sprechen die Freude an pädagogischer Arbeit sowie der vorhandene Gestaltungsfreiraum und die Abwechslung.

Der Autor der Untersuchung, Charles Landert, betrachtet die Berufszufriedenheit der Lehrpersonen als Indikator für gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen, die es ernst zu nehmen gilt. Er empfiehlt, die abnehmende Berufszufriedenheit durch Verbesserungen der Rahmenbedingungen (Anstellungs- und Arbeitsbedingungen), den besseren Einbezug der Lehrpersonen bei Veränderungsprozessen und durch familienpolitische Massnahmen anzugehen. Angesichts der sinkenden Attraktivität der Lehrberufe und dem damit verbundenen Lehrermangel (insbesondere Männer fehlen) erhalten diese Empfehlungen eine aktuelle Brisanz.

Berufsauftrag

Die Berufspflichten der Lehrpersonen werden in vielen Kantonen neu umschrieben. Damit ist eine Neuberechnung der für alle Aufgaben aufzuwendenden Anteile an Unterrichtszeit und an unterrichtsfreier Arbeitszeit notwendig.

Der LCH hat sich der gesamten Problematik Berufs- oder Amtsauftrag intensiv angenommen und den Bedarf an Regelungsstrukturen überdacht. Zentral ist die Erkenntnis, dass das Arbeitspensum der Lehrpersonen nicht mehr ausreichend über die Pflichtstunden definiert werden kann. Die bisherigen Regelungen haben je länger desto mehr zu Ungerechtigkeiten im Schulteam, aber auch im Vergleich mit anderen Berufen sowie zu arbeitsrechtlichen Konflikten geführt. Alte Regelungen tragen nämlich neuen Tätigkeitsfeldern von erheblichem Ausmass – insbesondere im Schulteam und in den anspruchsvollen Kontakten mit und Beratungen von Schülerinnen, Schülern und Eltern oder in der Weiterbildung – zu wenig Rechnung. Ebenso verlangen die vielen Teilzeitpensum moderne Regelungen, damit die Qualität des Schulbetriebs weiterhin gewährleistet ist. Eine umfassende Definition des Berufsauftrages dient auch als gewerkschaftliche Leitplanke zur Abwehr ungerechtfertigter Ansprüche.

Gesicherte Grundlagen für die Berufsauftragsdiskussion liefert die Arbeitszeitstudie, welche vom LCH beim Sozialforschungsinstitut Landert & Partner in Auftrag gegeben worden ist. In dieser



Studie werden die Kategorien der Arbeitszeit verlässlich dargestellt: Unterrichtszeit 50%, kurzfristige Vor- und Nachbereitung 23%, Unterrichtsplanung und Auswertung 11%, Administration, Betreuung und Beratung, Weiterbildung sowie Gemeinschaftsarbeiten zusammen 16% der Jahresarbeitszeit von knapp 2000 Stunden. Diese klare Ausgangslage mit einem zeitlichen Jahresaufwand bei einem Vollpensum, der an der oberen Grenze der in diesem Land üblichen Arbeitszeit liegt, lässt neue Aufgaben nur dann zu, wenn an den bisherigen Arbeitsfeldern Abstriche gemacht werden.

Auch wenn Unterrichten nach wie vor die Hauptaufgabe der Lehrerinnen und Lehrer ist, so müssen die anderen Aufgaben genannt und für die Formulierung eines den modernen Ansprüchen und der differenzierten Tätigkeit der Lehrpersonen entsprechenden Berufsauftrages berücksichtigt werden. Im Weiteren ist eine Senkung der auch im europäischen Vergleich zu hohen Pflichtstundenzahl überfällig, weil die Aufgabenbereiche neben dem Unterrichten in den letzten Jahren stark gewachsen sind (zum Vergleich: In den OECD-Ländern unterrichten Primarlehrkräfte durchschnittlich 20 Lektionen bei 40 Schulwochen; auf der Sekundarstufe I 18 Lektionen).

Der LCH favorisiert für einen neuen Berufsauftrag folgendes Modell: Die Unterrichtszeit (Pflichtpensum) sowie die Vor- und Nachbereitungszeit werden je nach Stufe für alle Lehrpersonen gleich festgelegt. Für die restlichen Arbeitsbereiche können die Zeitanteile individuell zwischen Schulleitung und Lehrperson ausgehandelt werden. Vom allgemeinen Berufsauftrag ausgeschlossen sind besonders bezeichnete Spezialfunktionen (die Spezialkompetenzen voraussetzen) zur Gewährleistung der Schulorganisation. Diese Spezialfunktionen werden aus den Spezialpools der Schule (Schulpool für permanent zu leistende schulorganisatorische Spezialaufgaben; Innovationspool für Projektarbeiten an Schulen; Schulleitungspool) zeitlich oder finanziell abgegolten. Arbeitszeit und Berufsauftrag sind somit miteinander verknüpft.

Teilzeitarbeitende sind nur zu dem entsprechenden pro rata-Anteil ihres Anstellungsgrades zu Zusatzarbeiten verpflichtet; weitergehende Verpflichtungen wie Teamarbeit müssen individuell erfasst und aus den Pools entschädigt werden.

Das LCH-Modell für einen zeitgemässen Berufsauftrag regelt im weiteren auch die Ferienansprüche, die Altersentlastung, die Frage des Arbeitsplatzes bzw. die Entschädigung privat bezahlter Arbeitsplätze oder die Rahmenbedingungen für die Schulleitung und die Teamarbeit.

Seit Gründung der WTO im Jahre 1995 fallen grenzüberschreitende Dienstleistungen und damit auch Bildungsdienstleistungen in die Kompetenz der WTO. Derzeit läuft eine neue Verhandlungsrunde zur Liberalisierung des internationalen Dienstleistungsverkehrs, die so genannte DOHA-Runde. Bildung gehört zum Themenkatalog dieser neuen Runde. Inwiefern öffentliche Dienste wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Infrastrukturleistungen durch handelsbezogene Massnahmen geschützt werden dürfen, ist gemäß GATS (General Agreement on Trade in Services) von den bestehenden Wettbewerbsverhältnissen abhängig. Sobald private Träger neben der öffentlichen Hand in einem Bildungssegment tätig sind, kann dieses Segment nicht unter Berufung auf die Hoheitsklausel von den GATS-Vorschriften ausgenommen werden. Auch in der Schweiz gibt es Privatschulen auf allen Stufen; daher ist die Gefahr einer «Liberalisierung» des Bildungswesens im Sinne von GATS real.

Der LCH ist erstmals 2001 auf dem Weltkongress der «Education International» auf die Problematik des GATS für den Bildungsbereich gestossen. Seither hat er erfolgreich eine Allianz gegen diese Art Liberalisierung von Bildungsdienstleistungen aufgebaut. In der «Ebenrain-Konferenz» sind die zehn grössten Arbeitnehmerverbände in der Schweiz zusammengeschlossen, die mehr als 700 000 Arbeitnehmende vertreten, darunter auch der LCH. Die Ebenrain-Konferenz hat ein Positionspapier zum Thema GATS verabschiedet, das der LCH u.a. der EDK und dem für die GATS-Verhandlungen zuständigen SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft) zur Stellungnahme unterbreitet hat. Mitte Oktober 2002 fand in Brixen im Südtirol eine Ministerkonferenz der Vereinigung der Regionen Europas statt, an der die Stellungnahme der Schweizerischen Arbeitnehmerverbände vollumfänglich übernommen und sogar noch verschärft wurde. Für einmal haben die Erziehungsdepartemente und Lehrerverbände also keine unterschiedliche Interessenslage. Im Gegenteil: Es wird nötig sein, dass beide am gleichen Strick ziehen, um die Interessen des öffentlichen Bildungswesens noch in die laufenden GATS-Verhandlungen einzubringen.

Die Position der Schweiz im Bereich Bildung wurde 1994 ohne Rücksprache mit den betroffenen Bildungskreisen bestimmt. Die Berufsverbände wurden nie direkt informiert oder in den Prozess involviert, ebenso wenig die Erziehungsdepartemente und EDK. Dieses eigenmächtige Vorgehen der Wirtschaftskreise beklagen auch die betroffenen Bildungs- und Kulturminister in vielen anderen Ländern in ihrer Brixener Schlusserklärung. Eine grundlegende Besserung ist noch nicht in Sicht. Auch die jüngste Doha-Verhandlungsrunde (2000 bis 2005) läuft bisher intransparent ab. Weder die betroffenen Bundesämter BBT und BBW noch die EDK und die Lehrerorganisationen wurden bisher in die GATS-Verhandlungen direkt einbezogen. Es bestehen starke Forderungen seitens der USA, Bildungsvermittlungsdienste (sog. education agency services) und Leistungsüberprüfungsdienste (education testing services) zu liberalisieren, damit die mit Millionenaufwand produzierten Programme weltweit vermarktet werden können. Diese Testverfahren haben aber weitgehende und direkte Konsequenzen auf den Unterricht, weil durch normierte und eng gefasste Testverfahren auch die Unterrichtsstandards weltweit angepasst werden müssen. Die «Globalisierung» von Bildung und Kultur könnte so auf schleichendem Weg über Testverfahren und virtuelle Schulen und Hochschulen eingeführt werden. Dagegen hat sich die Ministerkonferenz in Brixen ausdrücklich gewehrt: In der einstimmig verabschiedeten Schlusserklärung stellen die Regionalminister für Bildung und Kultur der Versammlung der Regionen Europas drei Forderungen auf:

- Erstens wollen sie als vom Volk gewählte Vertreterinnen und Vertreter bei den laufenden GATS-Verhandlungen im Bildungsbereich endlich massgeblich einbezogen werden.
- Zweitens soll in einem separaten internationalen Abkommen die Vielfalt der Kultur und der Bildung geschützt werden. Gedacht wird konkret an eine Unesco-Konvention.
- Drittens sollen die Bereiche Bildung, Kultur und Medien von den laufenden GATS-Verhandlungen ausdrücklich ausgenommen werden.

Der LCH wird dieses Thema an der DV 2003 in Biel öffentlich behandeln und eine Resolution verabschieden. Bis zu diesem Zeitpunkt dürften auch die Resultate eines von der EDK und dem BBW in Auftrag gegebenen juristischen Gutachtens bekannt sein.

Löhne der Lehrpersonen

Weder die wirtschaftlichen Veränderungen der 90er Jahre mit den daraus resultierenden besseren kantonalen Steuererträgen noch der mittelfristig drohende massive Mangel an qualifizierten einheimischen Lehrpersonen haben zu den dringend notwendigen spürbaren Lohnverbesserungen geführt. Auf den 1. Januar 2002 holen die Gehälter der Lehrerinnen und Lehrer die in den letzten 10 Jahren aufgelaufenen Verluste nicht auf. Vergessen scheint nach den vielen Sparübungen an den Lehrpersonenlöhnen, dass der öffentliche Arbeitgeber die Pflicht und gute Gründe hätte, dem Lehrpersonal und der Attraktivität der Lehrberufe auch über die Besoldung wieder vermehrt Sorge zu tragen.

Bei einer generellen Lohnanpassung inkl. Teuerung in den Deutschschweizer Kantonen von durchschnittlich nur 1,1% (bei einer durchschnittlichen Teuerungsanpassung von 0,9%) und bei nur vereinzelt deklarierten Reallohnverbesserungen sind die meisten kantonalen Lohnerhöhungen auch im Vergleich mit dem Bund, den SBB, der Post oder der Swisscom zu bescheiden. 18 Kantone in der Deutschschweiz erlauben sich, abgesehen vom teilweise zugestandenen ordentlichen Stufenanstieg, gar ein generelles Nullwachstum bei den Reallöhnen. Dies trifft insbesondere die erfahrenen, älteren Lehrkräfte hart, die Sparübungen aller (Un-)Arten im letzten Jahrzehnt solidarisch mitgetragen haben und wieder leer ausgehen. Dies im Gegensatz zu stark verbesserten Gehältern des Spitalpersonals, zum ungebremsten Aufwand für den Strassenbau oder zur milliardenschweren Finanzspritze für die SWISS. Das ist bitter – und demotivierend!

Negative Signale und verwirrende Lohnsummenspiele

Die in der Ebenrain-Konferenz organisierten Arbeitnehmerverbände inkl. der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB haben frühzeitig im Sommer 2001 auf den 1. Januar 2002 begründet eine Realloohnerhöhung inkl. Teuerung von 5% gefordert. Die Lehrerschaft erhielt im Durchschnitt lediglich einen Fünftel davon. Damit sind die Forderungen der Berufsverbände und die Erwartungen ihrer Mitglieder, auch unter Berücksichtigung einer geringen Jahresteuern von 0,3%, nicht erfüllt worden. Die damit verbundenen negativen Signale der verantwortlichen Politik an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bildungswesen werden die Rekrutierungsschwierigkeiten für qualifiziertes Personal und die Abwanderung erfahrener Lehrkräfte vergrössern, den Anteil an männlichem Lehrpersonal weiter verringern (ohne die Frauen, die 2/3 aller Primarlehrkräfte und die Hälfte aller Lehrkräfte überhaupt stellen, fände Schule nicht mehr statt) und dem Teilzeitjob «Lektionen erteilen» noch mehr Vorschub leisten.

Die Abschaffung des Beamtenstatus bzw. die «deregulierten» Gehaltsstrukturen mit Leistungslohn- oder Bonuskomponenten bei den Kantonen und beim Bund verstärken dieses negative Signal noch, weil der Arbeitgeber vermehrt mit verwirrenden Lohnsummenspielen das Einfrieren der Löhne ganzer Gruppen von Angestellten kaschiert. Der LCH verlangt deshalb die Rückkehr zum Instrument des jährlichen automatischen Teuerungsausgleichs, zur Zuerkennung genereller Lohnerhöhungen für alle Lehrpersonen, zur Klärung der Lohnbestandteile (Grundlohn, individuelle Lohnerhöhung entsprechend früherem Stufenanstieg, generelle Lohnverbesserung für alle, Funktionszulage oder Teuerungszulage) und zu einer verlässlichen Lohnpolitik. Einer Lohnpolitik, die in die Verantwortlichkeit des Regierungsrates gehört, weil auf die allzu oft willkürlichen Entscheide der Parlamente kein Verlass mehr ist.

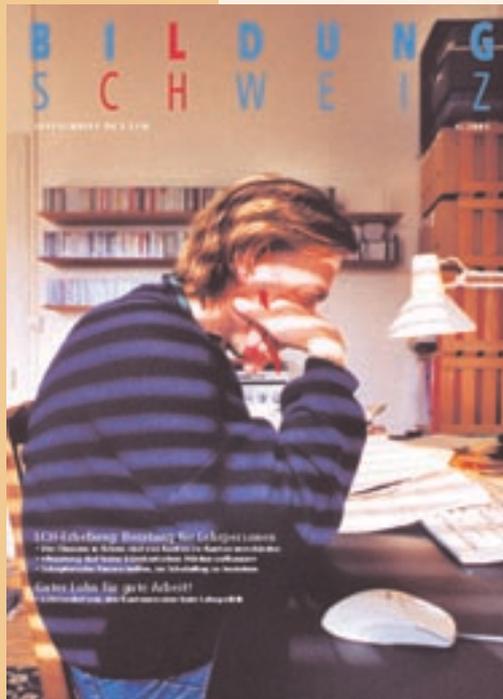
25% Lohnerhöhung für den Erhalt der Kaufkraft

Der LCH mit seinen Kantonalsektionen setzt sich für konkurrenzfähige Löhne ein. Er tut dies aus standespolitischer Überzeugung heraus, um die Kaufkraft real und im Vergleich mit anderen anspruchsvollen Berufen aus Attraktivitätsgründen mindestens zu erhalten.

Die Kaufkraft der Gehälter hängt wesentlich von der Teuerung oder der Zunahme der Transferausgaben der Haushalte ab. Für die Zeit von 1991 bis 2001 beläuft sich allein die Teuerung gemäss Bundesamt für Statistik auf 18,34% und die Zunahme der Transferausgaben für Privatpersonen (1991–1998) auf 6,12%. Für den Erhalt allein der Kaufkraft der Lehrpersonengehälter von 1991 bis 1998 hätten sich die Löhne individuell um mindestens diesen teuerungs- und sozialpolitisch bedingten Abbau, also um ein Viertel (!), erhöhen müssen.

Schweizer Lehrkräfte mit höchsten Pensen

Dem Argument, dass Schweizer Lehrkräfte weltweit höchste Löhne geniessen, kann mit gutem Gewissen zugestimmt werden. Mit gutem Recht sogar, weil erstens das Lohnniveau in der Schweiz weltweit grundsätzlich und in allen Branchen Spitze ist, Lehrpersonen somit den gleich



guten Status für sich in Anspruch nehmen dürfen. Zweitens und vor allem auch, weil die schweizerischen Lehrkräfte im internationalen Vergleich die höchsten Stundenverpflichtungen haben. Bezieht man die Gehälter auf die Unterrichtsverpflichtung, liegen sie hinter Ländern wie Österreich, Portugal oder Deutschland.

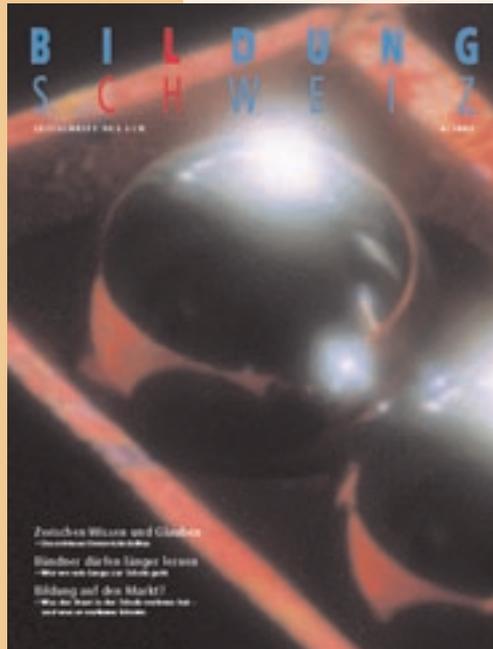
Zur Verdeutlichung: Eine Schweizer Lehrkraft unterrichtet im Jahresmittel 1085 Stunden (Primarstufe) respektive 1056 Stunden (Sekundarstufe) und liegt damit im OECD-Vergleich vor den Niederlanden und den USA an einsamer Spitze. Das OECD-Mittel liegt für diese beiden Schulstufen bei 818 respektive 760 Stunden. Schwedische Lehrkräfte unterrichten beispielsweise nur gut halb so viele Stunden.

Diese Fakten – zusammen mit der Vielfalt und der inhaltlichen Ausweitung der Ansprüche an die Schule und deren Widersprüchlichkeiten in unserer pluralistischen Gesellschaft, der hohen Heterogenität der Klassen, der Zuteilung elementarer Erziehungsaufgaben an die Schule, der Intensivierung der Elternkontakte und der schulhausinternen Absprachen oder den zunehmenden Weiterbildungsansprüchen – sprechen sowohl für eine reale Verbesserung der Löhne wie gleichzeitig auch für die Senkung der Pflichtstunden. Nur so kann die Qualität der Bildungsarbeit erhalten und der Leistungsauftrag der Gesellschaft an die Schule auch in Zukunft eingelöst werden.

Schweizer Löhne im Vergleich

Die statistischen Durchschnittsgehälter (1/12 Jahresgehalt vom CH-Mittel aus den Minimum- und Maximumlöhnen, brutto, Vollpensum) der Lehrberufe im Jahr 2001 nach Kategorien betragen für Kindergärtnerinnen Fr. 5876.–, für Primarlehrpersonen Fr. 7002.–, für Lehrkräfte an der Sek I Fr. 8197.–, für Lehrkräfte an der Sek II Fr. 9688.–.

Löhne im gesamten Lohnbereich, also von repetitiven Hilfsarbeiten bis zu hohen Ansprüchen (40 Arbeitsstunden pro Woche, brutto), betragen im öffentlichen Sektor (Bund) durchschnittlich Fr. 7063.– (höchste Anforderungsstufe Fr. 15 073.–), bei den Versicherungen Fr. 6720.– (höchste Anforderungsstufe Fr. 12 318.–; Kaderlöhne Fr. 23 944.–), in der chemischen Industrie Fr. 6842.– (höchste Anforderungsstufe Fr. 11 622.–; Kaderlöhne Fr. 24 919.–), beim Verkehr und bei dem Nachrichtenwesen 5780.– (höchste Anforderungsstufe/ohne Kader Fr. 8223.–) oder bei den Banken Fr. 7190.– (höchste Anforderungsstufe Fr. 13 726.–; Kaderlöhne Fr. 24 841.–).



Beiträge des LCH
aus dem Solidaritätsfonds

Die Brutto-Monatsgehälter der Lehrpersonen mit einer qualifizierten Ausbildung, hohen Ansprüchen und selbstständiger Tätigkeit sind im Vergleich mit den Gehältern für gleichartige Arbeiten in anderen Berufssektoren mässig und nicht mehr in jedem Fall konkurrenzfähig. Bedenkenswert ist insbesondere, dass sehr viele Lehrpersonen aus Gründen der Belastung oder des Angebotes nur teilzeitlich angestellt sind und schon aus diesem Grund nicht auf die hier angegebenen Bezüge kommen können (die Anteile vollzeitbeschäftigter Primarlehrpersonen bewegen sich von 24% im Kt. Bern bis zu 79% im Kt. Thurgau respektive auf der Sekundarstufe I von 33% im Kt. Basel Stadt bis 86% im Kt. Appenzell Innerrhoden).

Wesentlich für alle Lohndiskussionen bleibt, dass der Zusammenhang zwischen guten Anstellungs- und Arbeitsbedingungen, einem hohen Sozialstatus der Lehrpersonen und der Schulqualität international nachgewiesen ist.

Aus dem LCH-Solidaritätsfonds wurden im Berichtsjahr an sechs Kantonalsektionen und an die Schweizer Schule in Sao Paolo insgesamt Fr. 36 100 für den Rechtsschutz von Mitgliedern und Fr. 37 800 für ausserordentliche Gewerkschaftsausgaben bezahlt.

Dem LCH und dem swv für sein Fachleitbild Werken wurden im Berichtsjahr an ausserordentliche gewerkschaftliche Aktivitäten insgesamt Fr. 6700 vergütet.

7. LCH-Verlautbarungen und Stellungnahmen im Überblick

Der LCH in der Presse

Die konsequente Informationspolitik des LCH stellt die Anliegen der Lehrkräfte und der öffentlichen Schule in den Medien stark dar. Die beachtete und gefragte Medienarbeit bleibt eine Gratwanderung zwischen der korrekten Darstellung der Schulwirklichkeit, dem oft wenig sachlichen Boulevardjournalismus und den Generalthemen wie Attraktivität des Berufsstandes, Gewalterscheinungen, Leistungen der öffentlichen Schule, Integration, Schule und Familie oder Kosten der öffentlichen Schule und den kantonal unterschiedlichen Gegebenheiten. Ziel der LCH-Medienarbeit bleibt, der Bevölkerung (nur eine Minderheit hat über eigene Kinder den direkten Bezug zur Schule!) die Leistungen und die Anliegen der öffentlichen Schule realistisch darzustellen sowie die notwendigen Verbesserungen für eine wirkungsvolle und zufriedenstellende Arbeit der

Lehrerinnen und Lehrer plausibel zu verbreiten. Damit verhindern wir öffentliche Pauschal-Diffamierungen eines ganzen Berufsstandes, verbessern das Verständnis für die Bildungsarbeit, fördern damit die Unterstützung für Investitionen in die Bildung wie in die Schulentwicklung und arbeiten an einem zukunftsgerichteten, attraktiven Berufsbild der Lehrkräfte: Medienarbeit ist auch Lobbying.

Neben einer Vielzahl von Interviews, Stellungnahmen und Hintergrundinformationen durch die leitenden Mitarbeiter des LCH lud der LCH die Medien zur Berichterstattung ein: Einerseits anlässlich der Delegiertenversammlung zum Thema Schulkoordination EDK-Bund, andererseits zur einer Medienkonferenz am 4. November mit Präsentation der Berufszufriedenheitsstudie, an der auch der Generalsekretär der EDK persönlich anwesend war und Stellung nahm.

An der Medienkonferenz der Ebenrain-Konferenz zur Beruflichen Vorsorge (Mindestzinssatz) vom 15. Juli nahm der LCH-Zentralsekretär aus Sicht des LCH Stellung.

LCH-Stellungnahmen im Überblick

- Der LCH gegen Kiffen
- Der LCH zur ICT-Ausbildung
- Die «Fünf Brennpunkte der Weiterbildung» des LCH
- LCH-Thesen zur Schulkoordination Bund – EDK
- Der LCH fordert Massnahmen gegen Gewalt an Lehrpersonen: «Schützen – Unterstützen – Befähigen»
- Der LCH-Support für die Solidaritätsstiftung: Der LCH favorisiert das Drittelsmodell des Bundesrates
- Der LCH unterstützt das EDK-Programm für Vertiefungsstudien PISA
- Die LCH-Forderung nach Koordination für den Sprachenunterricht
- Der LCH verurteilt das Projekt «Best Practice» der Stiftung avenir suisse
- Die LCH-Standesregeln definieren die Grundanforderungen für die Berufsausübung im Zusammenhang mit Kinderpornografie
- Unterstützende LCH-Stellungnahme zu Händen der eidgen. Parlamente zum Thema Ausserfamiliäre Betreuung
- LCH-Stellungnahme zur BBT-Vernehmlassung «Richtlinien für die modulare Berufsbildung»
- LCH-Stellungnahme zur EDK-Vernehmlassung «Selbstevaluation von Schulen – Mindeststandards»
- LCH-Stellungnahme zur EDK-Vernehmlassung zum Anerkennungsreglement und Dossier «Diplommittelschulen – DMS 2002»
- LCH-Stellungnahme zur Vernehmlassung des Bundes «Rahmenkonzept für die Ausbildung der Sportlehrkräfte aller Stufen»
- LCH-Stellungnahme zur BBT-Verordnung zum ICT-Gesetz
- LCH-Stellungnahme zur BBT-Vernehmlassung «Ausbildung für Kaufleute»
- LCH-Stellungnahme zur Postverordnung (Taxen abonnierte Zeitschriften)
- LCH-Stellungnahme zur EDK-Vernehmlassung «Weiterbildung der Lehrpersonen»

LCH-Erhebungen im Überblick

- LCH-Studie zur Berufszufriedenheit der Lehrpersonen
- LCH-Studie zu den privat getragenen Arbeitsplatzkosten durch Lehrpersonen
- Klassengrössen
- Unterrichtszeiten der Schülerinnen und Schüler in den Kantonen
- Mitgliederbestände und -beiträge der LCH-Mitgliedorganisationen
- Besoldungen der Lehrpersonen in der Schweiz (LCH-Besoldungsstatistik)
- Lohnwirksame Qualifikation: Stand der Ablehnung oder Einführung in den Kantonen
- Einsatz von nicht stufengerecht diplomierten aktiven Lehrkräften
- Lohnabzug bei unbezahltem Urlaub
- Ferienbezug von Lehrpersonen mit mehreren Arbeitgebern

8. Beziehungen zu anderen Organisationen

EDK (Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren)

Plenarversammlungen

An der zweitägigen Jahresversammlung im November in Genf sowie an den drei Plenarversammlungen nahmen der Zentralpräsident und der Zentralsekretär als ständige Gäste teil.

Spitzengespräche EDK – LCH

Auch in diesem Berichtsjahr fanden zwei mehrstündige Spitzengespräche zwischen der EDK und dem LCH statt. Ziel dieser Gespräche ist es, die bildungspolitischen An- und Absichten über die offiziellen schriftlichen Stellungnahmen hinaus gegenseitig verständlich zu machen und wenn möglich gemeinsam an einer sinnvollen und praxistauglichen Schulentwicklung zu arbeiten. Die Detailarbeit erfolgt in den Kommissionen, Arbeitsgruppen und Task Forces, in denen der LCH ebenfalls vertreten ist.

An der Januar-Sitzung wurden schwerpunktmässig folgende Themen besprochen:

- MAR-Evaluation: Anspruch und Machbarkeit
- Lehrer(innen)bildung: Koordinationsverantwortung und Bologna-Erklärung
- PISA: Rückblick und weiteres Vorgehen
- Task Force Lehrberufsstand: «Bündnis für Bildung» und Lehrerleitbild
- Neue Vernehmlassungspartner der EDK
- (Fremd-)Sprachenpolitik: Wie weiter?
- Berufsauftrag: Definition des «Kerngeschäfts» (Kernauftrag)

An der Juli-Sitzung ging es vor allem um die folgenden Themen:

- Rückblick DV LCH: Aussprache und weiteres Vorgehen
- Sitzung EDK-LCH-SER vom 20.8.2002: Einladung und Themen
- Gewalt gegen Lehrpersonen: Positionspapier des LCH
- LCH-Studie zur Berufszufriedenheit: Stellungnahme EDK zu den Empfehlungen
- Internationale PISA-Tagung in Kloten 16.-18.10.02: Ziele, Delegationen
- Kernauftrag der Schule/Standards und Treffpunkte: Vernetzung der Projekte
- GATS-Problematik: Positionsbezug gegenüber seco; Öffnung Sek II und Tertiärstufe?

Zudem fand zum zweiten Mal eine trilaterale Aussprache zwischen EDK, LCH und SER zu laufenden bildungspolitischen Themen statt. Diese Gesprächsplattform soll künftig einmal jährlich genutzt werden, und bei Bedarf können auch zusätzliche Sitzungen stattfinden.

Task Force «Lehrberufsstand»

Gute Lehrerinnen und Lehrer sind zur Mangelware geworden. Zahlreiche Schulen hatten im vergangenen Sommer grosse Probleme, alle Stellen zu besetzen. Und nichts deutet darauf hin, dass sich die Situation kurz- oder mittelfristig verbessern wird. Im Gegenteil: Die zunehmende Überalterung des Lehrkörpers wird in den nächsten zehn Jahren zu einer grossen Anzahl von Vor- und regulären Pensionierungen führen. Die Task Force «Lehrberufsstand» der EDK, in welcher der LCH und der SER (Syndicat des Enseignants Romands) durch die Präsiden vertreten sind, widmete sich daher intensiv der Frage einer verbesserten Rekrutierungsstrategie für die Lehrberufe. Ein zweiter Schwerpunkt betraf die Arbeit an einem neuen Berufsbild für Lehrpersonen. Die Resultate dieser Bemühungen wurden anlässlich einer öffentlichen Plenarversammlung an der Expo-Arteplage in Yverdon der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei zeigte sich, dass eine Überarbeitung des Thesenpapiers notwendig ist. Die Resultate dieser Bemühungen im Bereich der Rekrutierung und des Berufsbildes werden im Frühjahr 2003 sichtbar, wenn die Berichte veröffentlicht werden und das Thesenpapier in eine grosse Vernehmlassung geschickt wird. Anschliessend soll eine gezielte Kampagne zur Imageverbesserung für die Lehrberufe lanciert werden. Die Task Force «Lehrberufsstand» wird sich noch intensiver um folgende Fragen kümmern müssen: Warum geben immer mehr Lehrkräfte den angestammten Beruf auf und suchen

**Task Force «ICT»
und Expertengruppe «PPP-SiN»**

eine neue Herausforderung in der Privatwirtschaft? Wie attraktiv ist der Lehr-Beruf heute noch? Welches Image hat er bei der Bevölkerung?

Im Gegensatz zum häufig gehörten Vorurteil, dass Lehrkräfte Ferien-Artisten seien, wird dieser Beruf von der Schweizer Bevölkerung immer noch geschätzt, wenn auch nicht mehr so hoch wie vor einigen Jahrzehnten. Dieses Bild ergibt sich aus verschiedenen Umfragen und Studien. Der Bevölkerung ist offenbar klar, dass der Umgang mit Kindern eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe ist. Sie wissen, dass auch Lehrpersonen für ihre Löhne hart und genauso viel wie andere Menschen arbeiten müssen. Trotzdem muss das Image des Lehrberufs im Vergleich zu anderen akademischen Berufen verbessert werden, um künftig noch genügend guten Nachwuchs in diesem Beruf zu generieren. Dies wird nicht ohne deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen gehen. Kritisch ist vor allem die hohe Arbeitsbelastung (Pflichtpensen) in Kombination mit einer zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft in den Klassen, so dass viele vollzeitlich angestellte Lehrpersonen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gekommen sind. Der LCH hat diese Problemstellung mit einer gross angelegten Untersuchung zur Berufszufriedenheit der Lehrpersonen analysiert und wird die Folgerungen daraus in die Arbeit dieser Task Force einbringen.

Die Arbeiten in der Task Force «ICT» und Bildungswesen konnten auch im Jahr 2002 weitergeführt werden. Ein Schwerpunkt der Arbeiten in dieser Steuerungs- und Koordinationsgruppe bildete der Aktionsplan zum so genannten Projekt «e-Pilotage-CH» (Projektleitung Alain Mc Cluskey). Dabei geht es darum, die entscheidenden Variablen zur Steuerung des Innovationsprozesses zur Integration von ICT an den Schulen zu bestimmen. Die Task Force nahm zudem Kenntnis von einer schweizweiten Untersuchung der ICT-Situation an den Volksschulen im Auftrag des Bundesamts für Statistik (Projektleitung Prof. Ruedi Niederer).

Die inhaltliche Grundlagenarbeit (Aktionsplan für die Ausbildung der Lehrpersonen, Erarbeitung von EDK-Empfehlungen zur Grundausbildung an den PH usw.) wurde wiederum in zahlreichen Arbeitsgruppen der Schweizerischen Fachstelle für Informationstechnologien im Bildungswesen (SFIB) gemacht, in denen auch der LCH vertreten war.

Schliesslich wurde eine neue Expertengruppe des Bundesamtes für Technologie (BBT) ins Leben gerufen, die aufgrund des ICT-Lerngesetzes die einzureichenden Projekte zu beurteilen hat. ZP Beat W. Zemp wurde zum Präsidenten dieser Expertenkommission gewählt, die im Berichtsjahr 2002 bereits fünfmal zusammentrat und dabei zahlreiche Projekte der Kantone auf ihre Subventionsberechtigung hin prüfte. Zur Verfügung standen ursprünglich 100 Millionen Franken für die kommenden fünf Jahre. Doch muss befürchtet werden, dass dieser Betrag wegen der schlechten Finanzlage des Bundes noch gekürzt werden wird.

**EDK Kommission
Allgemeine Bildung KAB**

Die Kommission Allgemeine Bildung KAB hat im Jahr 2002 an drei Sitzungen in Bern und an einer zweitägigen Sitzung in Lugano getagt.

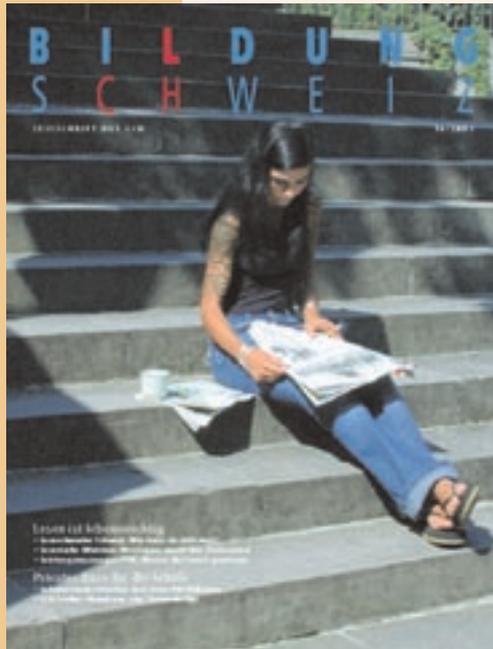
Das vakante Vizepräsidium der KAB konnte kompetent besetzt werden. Frau Andrea Bertschi-Kaufmann (SGL) hat sich bereit erklärt, das Amt zu übernehmen.

Die KAB befasst sich mit den unterschiedlichsten pädagogischen Themen von gesamtschweizerischer Bedeutung und Fragen der allgemeinen Bildung alle Stufen und Fachbereiche betreffend.

Projektgruppen, Begleitgruppen und Arbeitsgruppen (Lehrerbildung, Gymnasium, Diplom-Mittelschule) bearbeiten ständig spezifische Themen.

Exemplarisch seien hier nur einige wenige Themen erwähnt, die die KAB oder Arbeitsgruppen der KAB im Jahr 2002 beschäftigt haben:

- Konzept und Organisation einer EDK-Tagung zum Thema Ethik und Bildung: Die KAB beauftragte Prof. H. Badertscher eine Skizze für eine Tagung (im 2003/3004) zu erstellen. Die Tagung richtet sich an Personen aus der Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Der Zusammenhang zwischen Ethik und Schule soll erstellt werden.
- Prospektivstudie Sonderpädagogik im Rahmen des schweizerischen Bildungswesens: Ein erster Entwurf des Berichtes wurde an einer (öffentlichen) Tagung diskutiert. Projektgruppe



Bericht aus der EDK-Anerkennungskommission Vor- und Primarschule

und Begleitgruppe haben daraufhin den Bericht und die Empfehlungen weiter bearbeitet. Bis Mitte 2003 werden die Arbeiten abgeschlossen und der Bericht in die Vernehmlassung gegeben.

- Selbstevaluation von Schule – Mindeststandards: Eine Vernehmlassung der KAB bei den Kantonen hat ein positives Bild und mehrheitlich ein Aussprechen nach Notwendigkeit ergeben. Die KAB hat als Folgearbeit Ausarbeitung von Empfehlungen in Auftrag gegeben.

Bericht aus der EDK-Anerkennungskommission Sek I

Die Grundlage des Anerkennungsverfahrens und der Arbeit der AK VS/PS ist das Reglement für die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarstufe vom 10. Juni 1999. Den Kantonen stellt die AK VS/PS eine detailliert ausgearbeitete Anleitung zur Gesuchsstellung zu. Im Jahr 2002 sind fünf Gesuche für die Anerkennung eingereicht worden. Die inhaltliche Prüfung der Gesuche erfolgt durch genau festgelegte Dreierteams der AK VS/PS.

Aus Sicht LCH ist eines der Problemfelder, das sich aus dem Anerkennungsreglement ergibt, der Art. 5 Zulassungsvoraussetzungen. Es zeichnen sich bei den bekannten Projekten und den bereits gestarteten Pädagogischen Hochschulen zu dieser Frage individuelle Lösungen ab, was eine schweizerische Koordination in Bezug auf Qualität und Gleichwertigkeit erschwert.

Die neunköpfige Kommission ist von der EDK eingesetzt, um den neuen Lehrbildungsstätten die eidgenössische Anerkennung zu verleihen. Dies bedeutet, dass künftig jede Junglehrperson, die an einer anerkannten Pädagogischen Hochschule ihr Lehrdiplom erworben hat, in allen Kantonen gleichberechtigt unterrichten darf.

An der Dezembersitzung lagen die Gesuche von BEJUNE (BE, JU, NE) und ZH vor. Im Verlauf des Jahres 2003 gilt es, die ersten vier Gesuche auf der Grundlage des Anerkennungsreglements der EDK zu beurteilen: Nach eingehendem Studium der Dossiers folgt das Gespräch mit der Institution, bevor dann der Bericht an die Gesamtkommission erfolgen kann. Voraussehbar ist eine wohl intensive Diskussion um die Anzahl der Studienfächer, die den von der EDK vorgesehenen Rahmen von 2 bis 4 Fächern in Einzelfällen sowohl nach oben wie nach unten sprengt. Wie die Argumente der Ausbildungsstätten zu gewichten und wie absolut die EDK-Richtlinien zu handhaben sind, dürfte in der Kommission intensiv zu diskutieren geben, bevor etwa im Sommer 2003 die ersten Berichte vorliegen dürften. Ziel aus unserer Sicht muss eine anspruchsvolle, attraktive Lehrerbildung sein, die den Ansprüchen unseres Landes an ein zeitgemässes Bildungs-

EDK-Kommission für Berufsbildung (KBB)

wesen Rechnung trägt. Das Bemühen darum ist in der Kommission klar erkennbar, der Wille, die hoch stehenden Lehrerbildungsstätten der Vergangenheit in ebenso anspruchsvolle neuzeitliche überzuführen ist vorhanden.

An drei Sitzungen wurde unter anderem der weitere «Gang» des neuen Berufsbildungsgesetzes durch die Kommissionen und Räte in Bern verfolgt. Nicht alle Änderungsabsichten fanden Anklang.

Ein weiterer Schwerpunkt war die interne Selbstevaluation. Dabei wurde folgendes Fazit gezogen: Die KBB ist als Fachorgan der Berufsbildung der EDK notwendig, stellt sie doch die breiteste Informationsplattform der Berufsbildung dar. Die wirkliche Wahrnehmung im EDK-Vorstand scheint allerdings nicht ausreichend zu sein. Weil aber die Berufsbildung mittlerweile zu einem der wichtigen Aktionsfelder der EDK geworden ist, hat auch die KBB als Gremium an Glaubwürdigkeit gewonnen.

Das Verhältnis der KBB zur KAB wurde unter die Lupe genommen (mögliche Synergien, nötige Abgrenzungen usw.).

Es wurde Kenntnis genommen vom Abschluss des Projektes «Euro-Bac (European Baccalaureat) Schweiz» (Schweizerische Direktoren-Konferenz gewerblich-industrieller Berufs- und Fachschulen, SDK), wo im Rahmen des LEONARDO DA VINCI-Programms der EU verschiedene Staaten an einem gemeinsamen Standard für ein «Europäisches Diplom eines berufsbildenden Abiturs» gearbeitet haben.

Das Projekt «Passerelle Berufsmatur-Universitäre Hochschule» steht nach der Auswertung der Vernehmlassung und ist wieder bei der Arbeitsgruppe Dubs zur Bereinigung der Vorschläge in Beachtung der Vernehmlassungs-Ergebnisse.

Eine Arbeitsgruppe «Umsetzung neues Berufsbildungsgesetz» wurde beantragt und ein Mandat entworfen.

VALIDA: Ein schweizerisches System zur Anerkennung von nicht formell erworbener Kompetenzen wird vorgestellt. Das scheint ein Bereich zu sein, den es auch in Zukunft zu beachten gilt.

Baukasten Schulmanagement Sekundarstufe II

Im Auftrag des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) und der Schweizer Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (GS EDK) erarbeitete das Institut für Lehrer/-innenbildung und Schulforschung der Universität Innsbruck unter der Leitung von Univ.-Prof. Mag. Dr. Michael Schratz und Mag. Dr. Friedrich Schwarzenauer (Projektmitarbeiter) den Bericht. An zwei Sitzungen behandelte und begleitete die Projektgruppe «Baukasten Schulmanagement» die Arbeit der zwei Forscher.

Es wurden Stellungnahmen zu vier Aspekten des Projektes verabschiedet:

- Bestehende Angebote von Zusatzausbildungen in Schulmanagement (SM)
- Funktionen und Rollen in SM
- Qualifikationsprofile als Grundlage für Qualifizierungsmassnahmen
- Grundsätze eines Baukasten-Konzeptes

An der Schlussitzung im Dezember wurden vor allem Besonderheiten und Ergänzungen zu verschiedenen bestehenden Angeboten angeglichen, gewisse Passagen entschlackt, und die Frage der Sprachregionen gab erneut Diskussionsstoff. Der Schlussbericht soll Ende Februar 2003 abgegeben werden.

Ebenrain-Konferenz

Die Gesprächsplattform Ebenrain-Konferenz setzt sich zusammen aus den grossen schweizerischen Berufsverbänden bzw. Angestelltenorganisationen mit insgesamt 700 000 Mitgliedern. Begrüsst und tatkräftig unterstützt wurde vom LCH die Idee, die Ebenrain-Konferenz zu einer stärkeren Allianz der Angestelltenverbände weiter zu entwickeln: Verbesserung des Wissensaustauschs, Nutzung der Synergien von vorhandenen personellen und sachlichen Ressourcen, Infrastrukturen und Beziehungen zu Wirtschaft, Politik und Behörden waren Anreiz, ein entsprechendes Optimierungsprojekt unter Mitarbeit des LCH-Zentralsekretärs für die Organisationsentwicklung umzusetzen.

Konkret ging es im Jahr 2002 um fünf Hauptgeschäfte:

Seminar für BVG-Delegierte: Am 11. November lud die Ebenrain Konferenz alle Pensionskassenvertreter/-innen der Arbeitnehmenden (u.a. auch diejenigen der LCH-Kantonalsektionen) zu einem Weiterbildungsseminar ein: Thematisiert wurden die Fragen zur paritätischen Vertretung in den Kassenverwaltungen, zum Mindestzinssatz, zum Koordinationsabzug, zur Kapitaloption und Rentenanpassung, zur demografischen Entwicklung zwecks besserer Wahrnehmung der Verantwortlichkeiten.

Mindestzinssatz BVG: Die Ebenrain Konferenz setzte sich mit allen Mitteln für die Sicherung des Mindestzinssatzes von 4% für die Gelder in der beruflichen Vorsorge ein. Dank eines Mailings an die eidgen. Parlamentarier und den Bundesrat sowie einer Medienkonferenz, an welcher der LCH-Zentralsekretär die LCH-Meinung vertrat, konnte für das Jahr 2002 mindestens Schlimmstes verhindert werden.

AHV/BVG: Der Widerstand des Ständerates gegen die Abfederung des vorzeitigen AHV-Bezugs für Einkommensschwache und gegen das BVG auch für Teilzeiterinnen ab Fr. 18 540.– veranlasste die Ebenrain-Konferenz zu einer Medienkampagne und zu unterstützenden Mitteilungen an die eidgen. Räte: Ziel war es, den wesentlichen Forderungen des Bundesrates doch noch zum Durchbruch zu verhelfen.

GATS: Der LCH-Zentralpräsident initiierte und übernahm die Thematisierung der geplanten Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) der Welthandelsorganisation WTO. Die Liberalisierung des «service public» würde auch die öffentlichen Schulen gefährden und der Privatisierung unerwünschten Vorschub leisten.

Stiftung Bildung und Entwicklung

«Die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte. Die Welt ist mit der Tatsache konfrontiert, dass Armut, Hunger, Krankheit und Analphabetismus um sich greifen und dass die Ökosysteme, von denen unser Wohlergehen abhängt, immer mehr in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist nach wie vor unverändert. Der einzige Weg, der uns eine sicherere und blühendere Zukunft beschere kann, besteht darin, Umwelt- und Entwicklungsfragen gleichermassen und miteinander anzugehen.»

So beginnt die Agenda 21, der Aktionsplan zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung, wie er an der Konferenz von Rio 1992 verabschiedet wurde. 10 Jahre danach fand im Spätsommer 2002 die Nachfolgekonzferenz in Johannesburg statt. Dabei wurde die Umsetzung der Agenda 21 bilanziert und der Handlungsbedarf für die Zukunft definiert. An einem nationalen Bildungskongress Ende November 2002 im Kongresssaal Bern wurde diese Problematik der Umsetzung von Bildungszielen für eine nachhaltige Entwicklung thematisiert und weiter konkretisiert. Der LCH gehörte zu den Trägerorganisationen und war durch ZP Beat W. Zemp und Anton Strittmatter, Leiter der PA LCH, vertreten. Mit einer Teilnehmerschaft von 600 Bildungsfachleuten war dieser nationale Bildungskongress für die federführende Stiftung Bildung und Entwicklung ein voller Erfolg.

Verein Jugend + Wirtschaft

Der LCH ist in allen Gremien des Vereins Jugend und Wirtschaft massgeblich vertreten, zusammen mit der Lehrerschaft der Romandie, die in «la Commission plénière pour la Suisse romande» organisiert ist. In der Jury der «Goldenen Schiefertafel» («Ardoise d'or» im Welschland), die Lehrmittel mit wesentlichem wirtschaftskundlichen Anteil juriert und auszeichnet, sind als grosse Mehrheit Lehrkräfte der Oberstufe und der Sekundarstufe II engagiert.

Im vergangenen Jahr konnte mit der Inkraftsetzung der neuen Statuten der Organisation ein zukunftsgerichtetes Gerüst gegeben werden. Nicht gerüttelt wurde an der paritätischen Zusammensetzung (Lehrerschaft, Arbeitgeber, Arbeitnehmer) der verschiedenen Organe. Auch durch den Präsidentenwechsel von Peter Schmid, Alt-Regierungsrat und Alt-EDK-Präsident, zu Filippo Lombardi, Ständerat des Kantons Tessin, Generaldirektor und Administrator des von ihm gegründeten Privatfernsehens «Tele Ticino» fand in der Führung ein Generationenwechsel statt. «Jugend und Wirtschaft» sieht seine wichtigste Aufgabe nach wie vor darin, bereits in den Schulen Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu wecken. Zu diesem Zweck verfügt der Verein über ein ganzes Paket von Angeboten, die jederzeit auch miteinander kombiniert werden können. Nebst der Organisation von eigenen Kursen in den verschiedensten Regionen der Schweiz, das Spektrum reichte dabei 2002 von «Tourismus im 21. Jahrhundert» über «Globali-

sierung» bis zu «Biotechnologie» und «Wirtschaftsethik», bietet J+W den einzelnen Lehrpersonen Hilfestellung bei der Organisation von Lehrveranstaltungen und Projektwochen zu wirtschaftlichen Themen an und hilft Kontakte zu Fachleuten aus der Wirtschaft knüpfen. Erfreulich ist hier die gute Zusammenarbeit mit Lehrerfortbildungsstellen der Kantone, Fachhochschulen und regionalen Arbeitskreisen.

Ein weiteres Standbein sind die in letzter Zeit neu konzipierten Publikationen von J+W. Direkt an die Schülerinnen und Schüler richten sich die Themenhefte der Reihe INPUT. Diese Hefte erscheinen periodisch drei bis vier mal pro Jahr, werden vom Lehrmittelverlag h.e.p. verlegerisch betreut und herausgegeben und können zu einem vergünstigten Preis im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Die Themen von 2002: «Strommarkt», «Energie und Umwelt», «Weltwirtschaft/WTO» und «Familienpolitik» (INPUT Spezial). Ebenfalls neu konzipiert wurde die Reihe «Aktuell», in diesen Heften werden Branchen und Berufe vorgestellt.

Vermehrt sollen in Zukunft Pakete zu aktuellen Wirtschaftsthemen angeboten werden: Publikationen und Kurse zum gleichen Thema, unterstützt von methodisch-didaktischen Hilfen und Zusatzmaterialien für die Lehrkräfte über Internet.

9. BILDUNG SCHWEIZ

Als Verbandsorgan des LCH und Berufszeitschrift mit hohem Nutzwert für Lehrpersonen konnte sich BILDUNG SCHWEIZ im dritten Erscheinungsjahr weiter etablieren. Das Echo aus dem Verband war durchwegs positiv. Auch die mit Schule und Bildung verbundene Wirtschaft anerkennt BILDUNG SCHWEIZ zunehmend als führendes Medium in diesem Bereich. Die erfreuliche Entwicklung der Inserate-Erträge ist keineswegs selbstverständlich, brachte doch die Konjunkturlaute auch renommierten Medien Einbussen von bis zu 30 Prozent.

Von jedem LCH-Jahresbeitrag sind neun Franken für die Herausgabe von BILDUNG SCHWEIZ reserviert. Alle Mitglieder erhalten dafür zwölf reguläre Ausgaben, entsprechend 75 Rappen pro Heft. Zusätzliche vier bis sechs Themenhefte sowie drei bis vier Stellenanzeiger müssen – gemäss Beschluss der LCH-Delegiertenversammlung – selbsttragend sein, erreichen die Mitglieder also gratis. Ein anderes Verbandsmagazin mit dem Informationsangebot und der gestalterischen Qualität von BILDUNG SCHWEIZ zu einem solchen Preis dürfte schwer zu finden sein. Es ist nur möglich dank guten Erträgen aus der Werbung und einem hohen Kostenbewusstsein. Im Vordergrund des Inhalts von BILDUNG SCHWEIZ stehen neben Verbands-Aktualitäten vor allem bildungspolitische und berufspraktische Themen. Spezielle Schwerpunkte setzt die Redaktion in den Bereichen Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen, Schulleitung und -entwicklung, Beratung und Supervision, Gewalt- und Suchtprävention, Lehrerbildung sowie ICT-Integration. Eher im Hintergrund stehen didaktische Themen; BILDUNG SCHWEIZ versteht sich nicht als pädagogische Zeitschrift. Mit den Zeitschriften der LCH-Kantonalsektionen und Stufenorganisationen besteht eine kollegiale Zusammenarbeit. Auf Anregung des BILDUNG SCHWEIZ-Teams treffen sich die Redaktorinnen und Redaktoren der «Schulblätter» regelmässig zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion gemeinsamer Aktivitäten.

Im August 2001 wurde mit dem Berner Lehrmittel- und Medienverlag blmv (neu «Schulverlag blmv») eine gemeinsame Herausgabe der Zeitschriftenreihe «Zur Zeit» vereinbart. Diese preisgekrönte Reihe bereitet aktuelle gesellschaftliche Themen für den Unterricht auf, in einer Sprache und Gestaltung, welche Jugendliche der Sekundarstufe I direkt anspricht. Sehr erfolgreich war die Ausgabe zur Expo02. Im Weiteren erschien je ein Heft zur UNO-Abstimmung und zum Thema «Auto-Biografie». Ziel der Kooperation ist es, diesem aussergewöhnlichen Lehrmittelprojekt Publizität über den Kanton Bern hinaus zu verschaffen und gleichzeitig eine inhaltliche Bereicherung für BILDUNG SCHWEIZ zu erhalten.

Im Lauf des Berichtsjahres wurde beschlossen, die Redaktion um eine 40-Prozent-Stelle zu erweitern, zur Unterstützung des verantwortlichen Redaktors und als Stellvertretung bei dessen Abwesenheit. Die LCH-Geschäftsleitung stellte per 1. November 2002 Doris Fischer als Teilzeitredaktorin an.

10. Sekretariatspersonal

Die professionell und motiviert arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zentralsekretariat und in der Redaktion von BILDUNG SCHWEIZ stellen in gewohnt zuverlässiger Weise die notwendige administrative Unterstützung der LCH-Gremien, die Dienstleistungen für die LCH-Mitgliedorganisationen und -Mitglieder sowie die Herausgabe der Verbandszeitschrift und die zentrale Adressverwaltung sicher.

Die folgenden zehn Personen mit einem Pensum von total 800 Stellenprozenten arbeiten an der Ringstrasse 54 in Zürich: Doris Fischer, Redaktorin BILDUNG SCHWEIZ, Walter und Gabriele Fust, Buchhaltung; Niklaus Kalberer, Hausdienste; Marcel Mühle, Homepage und Adressverwaltung; Ursula Schmassmann, Adressverwaltung; Martin Schröter, Dienstleistungen und LCH-Service; Peter Waeger, Gestaltung BILDUNG SCHWEIZ und LCH-Printprodukte, EDV; Heinz Weber, verantwortlicher Redaktor BILDUNG SCHWEIZ; Pia Wermelinger, kaufmännische Mitarbeiterin und Auskunftsdienste.

11. LCH-Service und Dienstleistungen

Alle LCH-Mitglieder können von den attraktiven Rabatten im Versicherungsbereich (Sach-, Kranken- oder Haftpflichtversicherung) profitieren. Beim Angebot der «Zürich» konnte der 2500ste Kunde im Bereich Motorfahrzeugversicherungen gefeiert werden. Der LCH bietet ausserdem eine professionelle und seriöse Finanzplanung zu Sonderkonditionen für Mitglieder an. Der LCH-Studienreisedienst verkauft in Zusammenarbeit mit Studiosus ein hervorragendes Angebot von geführten Reisen aller Arten und in alle Länder mit Vorteilen für Mitglieder.

In Zusammenarbeit mit der Firma Bischoff AG in Wil offeriert der LCH seinen Mitgliedern eine neue Dienstleistung: Schul- und Büromaterial kann über die LCH-Homepage www.lch.ch einfach und mit klaren Preisvorteilen bestellt werden.

Um die Rhetorik in Gesprächen und Disputen verbessern zu helfen, organisierte der LCH für seine Mitglieder ein kostengünstiges Seminar mit Matthias Pöhm zum Thema «Schlagfertigkeit». Im LCH-Kiosk schreibt der LCH in wechselnder Zusammenstellung hilfreiche Artikel wie z.B. die VISA-Karte zu Fr. 50.– (statt Fr. 100.–) für die gesamte Vertragsdauer und auch für den oder die Lebenspartner/-in aus.

Ziel all dieser geprüften und rabattierten Angebote ist es, einerseits den Mitgliedern für ihren LCH-Jahresbeitrag Vergünstigungen in vielfacher Höhe anzubieten und gleichzeitig durch Verkaufsprovisionen zu Gunsten der Verbandsrechnung den Mitgliederbeitrag möglichst tief zu halten. Mitglieder profitieren also gleich doppelt von den LCH-Angeboten!

Das LCH-Porträt, ein aussagekräftiger Werbeprospekt über den Zweck und die Ziele, die Organisation und die Kooperationen sowie das Tätigkeitsprogramm für bisherige und zukünftige LCH-Mitglieder wurde vollständig neu aufgelegt.

Im Verkauf befinden sich die folgenden LCH-Studien und LCH-Positionspapiere:

LCH-Berufsleitbild und -Standesregeln; Berufsauftrag; Zufriedenheit und Unzufriedenheit im Lehrberuf; Private Arbeitsplatzkosten; Deregulierung, Privatisierung und Kommunalisierung; Geschlechterdifferenz in der Schule; Fünf Brennpunkte für die Weiterbildung; Die Arbeitszeit der Lehrpersonen in der Deutschschweiz; Disziplinschwierigkeiten gehen uns alle an; Fundraising und Sponsoring an öffentlichen Schulen; die Merkblätter Verantwortlichkeit und Haftpflicht der Lehrpersonen sowie Schulen können Integrationsaufgaben meistern.

Das Mobbing-Poster «Hinschaun, Handeln» mit vielen Anregungen zum Umgang mit Mobbing unter Schülerinnen und Schülern fand zu Tausenden Absatz und wurde deshalb nachgedruckt. LCH-Mitglieder erhalten es wieder zum Selbstkostenpreis.

Mitgliedervergünstigungen

LCH-Verlag

Für Lehrpersonen empfiehlt sich in Ergänzung zu diesem Poster das Studium des LCH-Handweisers «Disziplinschwierigkeiten gehen uns alle an».

In der Verantwortlichkeit der Pädagogischen Arbeitsstelle des LCH erscheinen die Leitfäden zur Schulleitung und Schulentwicklung: Die Schulleitung einrichten; Personalentwicklung als Schulleitungsaufgabe; Wenn was losgeht ... Umgang mit Kritik an Lehrpersonen; An gemeinsamen Leitideen arbeiten; Bausteine eines Steuerungskonzeptes für den Bereich Volksschule.

Im LCH-Verlag erscheinen weiterhin stufenübergreifende, didaktische Lehrmittel wie: Gentechnik, Mit Kindern Schule machen, Ne pas confondre, Sprache und Mathematik, Schauen-Fühlen-Tun, Transaktionsanalyse sowie sieben Erstlesehefte.

«Zur Zeit»

Aktuelles im Unterricht zu behandeln, ist für Lehrpersonen immer mit grosser Recherchier- und didaktischer Vorbereitungsarbeit verbunden. Eine wesentliche Erleichterung für einen Unterricht, der sich auch mit wesentlichem Zeitgeschehen auseinandersetzt, bietet die Zeitschriftenreihe «Zur Zeit». BILDUNG SCHWEIZ hat als Dienstleistung zu Gunsten der Leserinnen und Leser einen Kooperationsvertrag mit dem Berner Lehrmittel- und Medienverlag blmv als Herausgeber von «Zur Zeit» abgeschlossen. Die aktuellen Themenhefte von «Zur Zeit» werden in BILDUNG SCHWEIZ jeweils vorgestellt. Zum Schülerheft zu Fr. 4.–, das journalistisch gestaltet ist, also Reportagen, Porträts und Interviews enthält, gehört auch ein Kommentar zum Preis von Fr. 15.– für Lehrpersonen mit didaktischen Hinweisen, Tipps für die Unterrichtsgestaltung, Links und Literaturhinweise. Erschienen sind unter anderem Hefte zu den Themen UNO, Flüchtlingspolitik, Doping im Sport, Konflikt im Balkan, Handy, Partizipation (zu Hause, im Quartier, in der Schule) oder zum Thema AutoBiografie.

12. LCH-Tätigkeitsprogramm 2002–2004

Pädagogik:

- Vorbereitung der dritten LCH-Fachtagung (Pädagogisches)
- Massnahmen gegen Gewalt an Schulen
- Kernaufgaben der Schule definieren und stärken
- Pädagogische Stellungnahme zum Einbezug von ICT erarbeiten
- Pädagogische Funktion der Volksschulleitungen definieren
- Verhältnis zwischen Schule und Sozialarbeit klären
- Evaluation Fremdsprachenkonzepte durchführen
- Konzepte zur Basis-/Grundstufe kritisch begleiten
- Entwicklung der PH kritisch begleiten
- Thesen zur Weiterbildung der Lehrpersonen überarbeiten

Standespolitik

- Vorbereitung der dritten LCH-Fachtagung (Standespolitisches)
- Strategien gegen den Lehrkräftemangel
- Folgeprojekt «Arbeitszeit der Lehrpersonen» durchführen
- Folgestudie zur Berufszufriedenheit der Lehrpersonen durchführen und auswerten
- Empfehlungen zum GAV im öffentlichen Dienstrecht erarbeiten
- Weiterbildungsinitiative im Bereich ITC kritisch begleiten
- Unterstellung der Bildung unter GATS der WTO verhindern
- Arbeitnehmerschaftsinteressen in Pensionskassen thematisieren

Verbandsinternes

- Erneuerung des CI/CD des LCH (Logo, Briefschaften, Homepage)
- LCH-Dienstleistungen weiter optimieren; Rechtsschutz regeln
- Kontakte zum SER und zu den SL-Konferenzen ausbauen
- Neue Mitgliedorganisationen aufnehmen
- Zusammenarbeit zwischen PK und StaKo des LCH optimieren
- Mittelfristige Entwicklungsperspektiven für den LCH erarbeiten

13. Finanzübersicht

Zusammenfassung der LCH-Erfolgsrechnungen und Bilanzen 2001/2002 (00/01)

LCH-Hauptrechnung

LCH-Erfolgsrechnung:	Ertrag:	Fr. 4 198 184.44	(Fr. 3 627 861.21)
	Aufwand:	Fr. 3 906 727.29	(Fr. 3 510 381.88)
	Gewinn:	Fr. 291 457.15	(Fr. 117 479.33)

LCH-Bilanz:

Kapital am 31.7.02:	Fr. 1 007 315.09	(Fr. 715 857.94)
Zweckgeb. Rücklagen:	Fr. 1 680 025.00	(Fr. 1 700 000.00)

LCH-Nebenrechnungen

Bildung Schweiz:	Ertrag:	Fr. 1 276 666.40	(Fr. 1 310 843.45)
	Aufwand:	Fr. 1 198 089.86	(Fr. 1 245 108.01)
	Gewinn:	Fr. 78 576.54	(Fr. 65 735.44)
	Vermögen:	Fr. 148 432.78	(Fr. 69 856.24)

Bildung Schweiz Thema:	Ertrag:	Fr. 529 153.70	(Fr. 533 946.50)
	Aufwand:	Fr. 458 464.31	(Fr. 464 651.30)
	Gewinn:	Fr. 70 689.39	(Fr. 69 295.20)
	Vermögen:	Fr. 26 667.14	(Fr. - 44 022.25)

LCH-Reisedienst:	Ertrag:	Fr. 778 900.25	(Fr. 664 053.60)
	Aufwand:	Fr. 778 279.57	(Fr. 715 955.74)
	Gewinn:	Fr. 620.68	(Fr. - 51 902.14)
	Vermögen:	Fr. - 9 245.90	(Fr. - 9 866.58)

LCH-Solidaritätsfonds:	Ertrag:	Fr. 94 758.10	(Fr. 93 747.05)
	Aufwand:	Fr. 83 907.20	(Fr. 41 070.05)
	Gewinn:	Fr. 10 850.90	(Fr. 52 677.00)
	Vermögen:	Fr. 631 173.90	(Fr. 620 323.00)

LCH-Solidaritäts- und Ausbildungsstiftung:	Ertrag:	Fr. 108 638.55	(Fr. 109 231.90)
	Aufwand:	Fr. 66 560.59	(Fr. 74 484.45)
	Gewinn:	Fr. 42 077.96	(Fr. 26 935.05)
	Vermögen:	Fr. 3 514 692.31	(Fr. 3 472 614.35)

LCH-Verlag:	Ertrag:	Fr. 65 723.75	(Fr. 55 935.60)
	Aufwand:	Fr. 85 534.90	(Fr. 77 999.35)
	Gewinn:	Fr. - 19 811.15	(Fr. - 22 063.75)
	Vermögen:	Fr. 109 878.44	(Fr. 129 689.59)

